

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Ausgrenzung

Armutskonferenz in Halle. DGB will Lobby für Arbeitende und Arme **Seite 3**

Aggressivität ohne Werte – warum Schüler aussteigen **Seite 7**

Arbeitsplatz als Privileg vorzuwerfen ist blanker Zynismus. Prof. Dörre gegen ZDF-Entstellungen **Seite 8**

■ Autobahn quer durch die Heide?

In Sachsen-Anhalt wie in Sachsen: Programme zur Zerstörung von Wald und Flur. „Vermarktung“ ist angesagt **Seite 9**

■ Gründung der SED in Leipzig

Vor 60 Jahren vollzog sich die Vereinigung von KPD und SPD auf der unteren Ebene **Seite 12**

6

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
24. März

www.
leipzigs-
neue.de

Privatisierer ziehen neue Seiten auf



... wohlwissend, dass man auch lange nach Zille Menschen mit einer Wohnung, oder mit der Miete dafür, erschlagen kann

Grafik: maxiwa

WOBA-Verkauf – ein falsches Signal

Der Totalverkauf des städtischen Wohnungsunternehmens in Dresden, der WOBA, mit Zustimmung der Mehrheit der Linksfraktion.PDS im Stadtrat signalisiert in mehrfacher Hinsicht eine politisch und sozial bedrohliche Situation: Internationales Finanzkapital drängt in der Bundesrepublik massiv auf Übernahme von kommunalen und anderen in öffentlicher Hand befindlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbeständen. Kommunen und Wohnungsunternehmen mit größerem Sanierungsbedarf sehen in ihrer Finanznot oft keinen anderen Ausweg als den Verkauf von Wohnungen. Nachdem bis Ende 2005 schon über 530 000 Wohnungen aus öffentlichem, faktisch gemeinnützigem Eigentum an profitdominiertes, global agierendes Finanzkapital übergegangen sind, rechnet die Immobilienbranche mit weiteren 1,5 Millionen Wohnungen, die in Bälde „an den Markt kommen“. Dadurch droht eine wesentliche Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge für soziales Wohnen und eine geordnete Stadtentwicklung wegzubrechen.

Angesichts des hohen Finanzbedarfs der kommunalen Haushalte und vieler kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen droht der WOBA-Verkauf als ein falsches Signal zu wirken. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Befürworter unter den Linkspartei.PDS-Stadträten sowohl das Parteiprogramm mit seiner Forderung nach Überwindung der Profitdominanz als auch den erst kürzlich gefassten Parteitagbeschluss zu den kommunalpolitischen Richtlinien mit seinem klaren Bekenntnis gegen den Totalverkauf öffentlicher Wohnungsbestände missachten. Natürlich befinden sich Fraktionen der Linkspartei.PDS in den Kommunalparlamenten angesichts angespannter Haushalte in einer schwierigen Situation, wenn nur noch ein „Entweder-Oder“ zwischen Verkauf städtischen Eigentums einerseits oder tiefen Einschnitten im sozialen und kulturellen Leben der Stadt andererseits möglich zu sein scheint. Diese scheinbare Aussichtslosigkeit wird verschärft durch die ausstehende Gemeindefinanzreform und die Kreditzurückhaltung der Banken. Aber dürfen sie sich deshalb zum Mehrheitsbeschafter für eine neoliberale Politik im Interesse global agierender Finanzkonzerne machen lassen?

Langfristige Interessen der Gemeinden müssen den Vorrang vor dem kurzfristigen Finanzausgleich behalten. Dazu sind kreative Lösungen gefragt, aber auch die Bereitschaft manch ausgefahrenes Gleis zu verlassen. Es ist zu hoffen, dass die Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS Leipzig zu ihren bisherigen Erklärungen steht und in den kommenden, zweifellos schwierigen Auseinandersetzungen um den Haushalt der Stadt gegenüber dem wachsenden Privatisierungsdruck standhaft bleibt! Der Widerstand gegen die Privatisierung von städtischen Unternehmen, die für die Daseinsvorsorge wesentlich sind, braucht allerdings einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Dass das nicht selbstverständlich ist, zeigen die Erfolglosigkeit der Dresdner Bürgerinitiative gegen den WOBA-Verkauf und – im kleineren Maßstab – der geringe Protest gegen den Verkauf eines Viertels der Wohnungen einer alteingesessenen Leipziger Genossenschaft. Deshalb sollte sich in Leipzig rechtzeitig ein breites Bündnis von Kräften gegen den Verkauf kommunalen Eigentums an internationale Finanzkapitalisten formieren und Wege in die Öffentlichkeit finden!

• JOACHIM TESCH

Auf ein Wort bitte



CORNELIA ERNST

Sächsische Linkspartei-Vorsitzende

...schreibt zusammen mit anderen Linken in dieser LN-Rubrik

Nur nicht (ver)zweifeln

Irgendwie ist es mit diesem Berlin vertrackt. Ohnehin ungeliebtes Kind der Linken eskalieren dort Probleme, die wir fast überall haben. In Berlin ist eben alles anders: Denn da wird regiert. Aber ob das wirklich alle Probleme erklärt, wage ich zu bezweifeln. Zweifel, so scheint es, sind in Berlin generell Fremdworte. Übrigens bei allen Beteiligten. So zelebrieren die mächtige Linkspartei und die kleine Schwester WASG für Außenstehende geradezu absurde Kämpfe. Wortgefechte, Forderungskataloge, die einen zur Verzweiflung treiben können. Gurkentruppe rufen die einen, staatstragende Opportunisten, die anderen. Was für

eine Faszination der Argumente! Aber hört man in die Debatten hinein, hat man das Gefühl, beide Seiten wären sich zumindest in einem einig, dass sie fremdes Leid herzlich wenig angeht. Gepaart mit entschlossener Beratungsresistenz passiert dann das, was unvermeidlich ist, Fehlentscheidungen. Die WASG eröffnet sich über eine Urabstimmungsmehrheit den Weg für einen getrennten Wahlantritt zu den Abgeordnetenhauswahlen und die Linkspartei erklärt die Gespräche mit der zickigen Schwester für beendet, nicht ohne drakonisch die Keule der Ausgrenzungsstrategie gegenüber der WASG zu schwingen. Und so folgt einer Eskalation die nächste mit dem grandiosen Ergebnis, dass die Linke in Berlin wie nie zerstritten dasteht. Zur Freude aller anderen, die dem kunterbunten Chaos mit sportlichem Interesse folgen.

Ich will keineswegs die tatsächlichen Probleme und Schwierigkeiten im Verhältnis der beiden Parteien unterschätzen. In keinem Bundesland laufen die damit verbundenen Prozesse problemlos ab, auch nicht in Sachsen. Aber die Frage ist schon, ob den am Klassenstreit Beteiligten speziell in Berlin, klar ist, was sie mittlerweile im Namen des Parteinbildungsprozesses anrichten. Was mir Sorgen macht, ist die Art

des gegenseitigen Umgangs. Mich sorgt die Tendenz, diesen Prozess lediglich als ein Beitritt der einen Partei zur anderen zu verkürzen und als machtpolitische Geste zu betrachten. Mich sorgt die Ignoranz wichtiger Entscheidungen zur historisch längst überfälligen Einigung der Linken in diesem Lande. Was die künftige gemeinsame Partei letztlich darstellen wird, hängt ganz entscheidend davon ab, wie der Prozess der Parteinbildung abläuft. Übernahmementalität aber auch politischer Dilettantismus können ebenso wie Ausgrenzungsstrategien die Vereinigung der Linken in Ost und West zum Scheitern führen. Weder eine Art Zwangsvereinigung kann der Weg sein, noch die Forderung, aus der Regierung zu gehen oder die Absage an jegliche Koalitionen zur Vorbedingung für die Vereinigung der Linken zu machen. Die Spannweite der Linken wird immer eine Zerreißprobe in ihrer Entwicklung sein, zwischen Opposition und Regierungsfähigkeit. Und das trifft für die Linken in allen Bundesländern zu. Sich diesem Konflikt nicht produktiv zu stellen, ist unverantwortlich. Insofern ist es wichtig, wieder den Weg an einen gemeinsamen Tisch zu finden. Wir brauchen eine einige Linke, überall in Deutschland.

Linkspartei mit klaren Positionen

LN. Im Mittelpunkt der Debatten der jüngsten Tagung der Stadtdelegiertenkonferenz der Leipziger Linkspartei standen die vertiefte Fortsetzung des gemeinsamen Parteinbildungsprozesses mit der WASG, Fragen einer Parteireform und die verstärkte Auseinandersetzung mit den massiven – insbesondere von der Leipziger CDU beförderten – Privatisierungsbestrebungen gegenüber den kommunalen Unternehmen. Die Konferenz machte deutlich, dass die Linkspartei gegen Privatisierungen im Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entschiedenen Widerstand leisten wird. Darüber hinaus wurden außerparlamentarische Aktivitäten im Kampf gegen den weiteren Sozialabbau beschlossen. Unter der Überschrift „Abrüstung statt Sozialabbau“ wurde eine Protestresolution gegen die bevorstehende Nutzung des Flughafens Halle/Leipzig durch NATO-Großraumflugzeuge protestiert, weil Leipzig damit unzweifelhaft zur NATO-Drehkreuz für künftige Kriege werde.

Bettina Kudla und die LVB

Die Leipziger Privatisierungsdebatte artet seitens einflussreicher CDU-Vertreter nunmehr offenkundig in Raserei aus. Dieser Eindruck drängt sich zumindest nach der Lektüre eines LVZ-Interviews mit der Finanzbeigeordneten Bettina Kudla (CDU) auf. Erschütternd, zu welch gravierenden Fehlschlüssen die Kämmerin einer Halbmillionenstadt fähig ist. Nicht genug damit, dass weder die längst überfällige Gemeindefinanzreform des Bundes noch die systematische finanzielle Benachteiligung Leipzigs durch die sächsische Staatsregierung als Hauptsachen der Haushaltsmisere auch nur mit einem Wort benannt würden; noch viel schlimmer wiegt, dass sie fröhlich-unbeschwert immer neue Namen städtischer Unternehmen als Privatisierungskandidaten hinaus posaunt – nun auch noch die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB).

Frau Kudla begeht allerdings einen Riesenfehler oder betreibt arglistige Wählertäuschung, wenn sie in Analogie zu ihrer beruflichen Vergangenheit als Wirtschaftsprüferin behauptet, Kauf und Verkauf von Unternehmen seien etwas Normales in der globalisierten Wirtschaft. Was auf private Unternehmen – mitunter – zutrifft, funktioniert in der kommunalen Wirtschaft überhaupt nicht. Die Wahrheit ist, dass mit der Attacke auf die LVB kommunales Vermögen verschleudert werden soll, das durch die Wirtschaftsleistung dieser Stadt in über einhundert Jahren akkumuliert wurde. Zu behaupten, das Liniennetz für Bahn und Bus habe auch unter einem privaten Eigentümer Bestand, weil es im Nahverkehrsplan steht, hat denselben Wert wie die garantierte Ankunft des Weihnachtsmanns, weil dessen Fahrtroute Bestandteil des Nahverkehrsplans ist.

• VOLKER KÜLOW

Bettina Kudlas neue Tassen

Den Einspalter dieser Tage in der LVZ mit der wichtigen Mitteilung, dass die Finanzbeigeordnete Bettina Kudla (CDU) neue Tassen im (Büro)Schrank hat, wird jeder Leipziger mit innerer Anteilnahme studiert haben.

Diese Form der Privatisierung wünschen wir uns: Was der Verfügungsfonds der Dezernentin nicht mehr hergibt, wird aus der eigenen Tasche bezahlt. Wäre ja nicht auszudenken gewesen, dass Frau Kudla Porzellanbecher zum Munde führen müsste, aus denen schon Amtsvorgänger Kaminski seinen Durst stillte. Apropos Kaminski. Kurz bevor er seinen Dienst im Rathaus quittieren musste, war ihm neuer Fußbodenbelag bewilligt worden. Frau Kudla wollte nicht auf diesem Teppich bleiben. Also wurde das Büro neu ausgelegt, bezahlt aus der (fast) leeren Stadtkasse. Endlich fiel Frau Kudlas Blick auch auf den kleinen, schmucken Tresor in ihrem Amtszimmer. Ob dort wohl unbekannte Millionen gebunkert sind? Schüchtern, wie sie ist, mochte Frau Kudla nicht fragen, ob vielleicht im Vorzimmer der Schlüssel für besagten Tresor zu finden sei. Lieber ließ sie den leeren Geldschrank von einer Fachfirma aufbohren und ein neues Schloss einsetzen. Bezahlt hat auch das der Steuerzahler. Nach solchen Brüchen darf er wohl zu Recht erwarten, dass die Finanz-Beigeordnete wenigstens das Zierporzellan in ihrem tristen Büro aus der eigenen Tasche bezahlt.

• V. K.



Foto: Fiebelkorn

... was für ein wunderschönes Verlagsmotto, an dem jugendlichen Buchmessebesucher gewiss nicht gedankenlos vorüberziehen. Unser Mitarbeiter Bernd Sellin fand jedoch auch das Gegenteil bestätigt, nämlich ein ...

... Zeugnis gefährlicher Dummheit

Während sich friedensengagierte und demokratiebewusste Verlage freuen und in diesem Frühjahr zur Leipziger Buchmesse zurückgekehrt sind, weil die Bundeswehr nach ihren Protesten nun endlich keinen Stand mehr hier hat, tummeln sich – noch – ungestört die Enkel der Bücherverbrenner auf einem Stand mit Nazipostillen. Die Buchmesseleitung schaut weg, kassiert die braunen Euro, Landen und Zeiten.

bewusst in Kauf nehmend, dass hunderte Schulklassen und Tausende Jugendliche zum Publikum der beliebten Messe gehören.

Als Gratisexemplare der „Jungen Freiheit“ an verschiedenen seriösen Verlagsständen plazierte wurden, entsorgten die Verlagsverantwortlichen umgehend den Schund. Zum Glück noch eine Selbstverständlichkeit in diesen

Soldatenverehrung – aktuell wie einst

Als die Veranstalter erstmals für den 11. März 2006 die Demonstration in Halbe anmeldeten, hatten sie offensichtlich in den Tausendjährigen Kalender der Nazis geschaut. 1939 verfügte Hitler, am 16. März, dem Tag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935, den Heldengedenktag zu begehen. Wenn der 16. März nicht auf den Sonntag fiel, sollte er am Sonntag zuvor stattfinden. Für den verbrecherischen Krieg bedurfte es wieder toter Helden. Der sinnlose Kriegstod wurde zum Heldentod umgedeutet. Der gespenstige Demonstrationszug am 11. März in Halbe stand in Kontinuität zu den kriegsverherrlichenden Inszenierungen der braunen Welteroberer und ihrer millionenfachen Verbrechen. Statt die Veranstaltung in Halbe als „nationalsozialistische Heldenverehrung“ und damit als eindeutiges Propagandadelikt zu verbieten, sorgten

die Zuständigen dafür, dass die Nazis in Halbe die Trommeln schlagen, marschieren und den „Heldengedenktag“ in Kontinuität zu ihren nationalsozialistischen Vorbildern begehen konnten.

Die Polizei schirmte die Veranstaltung der Nazis weiträumig ab. Gegendemonstranten standen mit ihrem Protest nicht nur weit weg von dem gespenstigen Aufzug. Sie mussten zuvor entwürdigende Kontrollen über sich ergehen lassen, und ihre Personalien wurden festgehalten.

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten protestiert gegen die Kriminalisierung antifaschistischer und zivilgesellschaftlichen Engagements und erwartet, dass Propagandaveranstaltungen der Neonazis verboten werden, auf denen die Geschichte verfälscht, die Verbrechen des Naziregimes mit „Heldenkundgebungen“ relativiert und die Opfer des Faschismus verleumdet werden.

• HANS COPPI, VORSITZENDER DER BERLINER VVN-BDA

Unterm Gürtel

Schlimm genug, dass die Zeiten vorbei sind, als die seinerzeitige Leipziger DGB-Chefin Edda Möller am 8. März tausende Frauen mit Trillerpfeifen auf dem Augustusplatz dirigierte. Noch viel schlimmer aber die LVZ, die ihrem Tiefpunkt nahe (wenn man bedenkt, dass ihr einmal Clara Zetkin die Frauenbeilage redigierte) titelte: „Männer nur nackt erwünscht“. Und euphorisch nachschob: „Von wegen schwaches Geschlecht: ... Im Rückmarsdorfer Pferdestall ließen es sich 98 Frauen an ihrem Ehrentag richtig gut gehen – drei heiße Männerstrips inklusive ...“ – Nix gegen einen Knackpo. Aber ich hack mir künftig eher die Finger ab, als sie mir über die Rechte von Frauen wundzuschreiben, die den 8. März derart pervertieren.

• M. WARTELSTEINER

Arme haben keine Lobby? Weit gefehlt. Der DGB Sachsen-Anhalt lud Mitte März zur Armutskonferenz unter dem Titel „Drinne und Draußen – Oben und Unten“ Vertreter aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Kirche nach Halle in die Franckeschen Stiftungen ein. Mit Professionalität und Leidenschaft machten sich die nahezu 100 Teilnehmer an beziehungsreicher Stätte – Pfarrer Francke nahm sich hier um 1700 armer Waisenkinder an – ein Bild von der sozialen Situation vor allem in Sachsen-Anhalt, das jedoch auch

Lobby für Arbeitende und Arme

DGB Sachsen-Anhalt lud zur landesweiten Armutskonferenz

jedem Fall eine noch uneinheitlichere Versorgung der Bevölkerung als bisher“, warnte der Redner. „Arme Länder und arme Kommunen leisten für die Bürger dann eben weniger.“

Von JUTTA DONAT

ein Indikator für die Armutsentwicklung in den neuen Bundesländern ist. Sie stellen die Frage nach Gerechtigkeit im Lande in Zeiten der Hartz-Gesetze.

Der erste Konferenztag galt mit drei Grundsatzreferaten der Bestandsaufnahme. Erschreckende Zahlen kamen dabei auf den Tisch. So ist in weiten Teilen Ostdeutschlands jedes dritte Kind von Hartz IV betroffen. Diese Kinderarmut ist besonders auch in Halle auszumachen. Langzeitstudien belegen, dass 40 Prozent der armen Sechsjährigen gravierende Mängel in der Grundversorgung bei Nahrung, Kleidung und Wohnung aufweisen. Zahlen, die ihre Ursache vor allem in Arbeitslosigkeit, 1-Euro-Jobs, Niedriglöhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen der Eltern haben.

Um so schwerer wiegt, dass sich mehr als 40 Prozent der Arbeitnehmer Sachsen-Anhalts in nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen befinden.

Auf eine schockierende Tendenz machte in seinem Referat über die „Architektur des neuen Sozialstaats und die Rolle der Sozialen Arbeit“ Professor Heinz-Jürgen Dahme von der Fachhochschule Magdeburg-Stendal aufmerksam: „In Deutschland ist die Armut seit den 1970er Jahren langsam, aber stetig gestiegen. Armut ist für viele nicht nur eine kurzfristige Episode, sondern ein Zustand dauerhafter Ausgrenzung“.

Die sich verfestigende Armut größerer Bevölkerungsschichten führe zu immer mehr besorgniserregender Ungleichheit in der Gesellschaft, sowohl in materieller Hinsicht als auch im Hinblick auf die Bildungschancen. Dabei werde auf der „Baustelle Sozialstaat“ Armut weniger als Folge struktureller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse angesehen, sondern vorrangig als Verhaltensresultat. Stichwort „Faulheit“. Bei Oma hieß das noch: „Jeder ist seines Glückes Schmied!“, bei Gerhard Schröder & Co liest sich das als: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“ Im Klartext bedeutet das: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem wird die Unterstützung gekürzt.

Professor Dahme sieht eine besondere Gefahr darin, dass das Staatsziel der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in naher Zukunft als sozialstaatlicher Auftrag entfallen könnte, wenn man sich im Rahmen der Föderalismusreform auf die Abschaffung des Artikels 72 Grundgesetz einigte. Weniger Staat, mehr Bürgergesellschaft sei neuerdings die Devise. Klingt gut, aber: „Die Folge wäre in

Aha-Erlebnisse

Ein Aha-Erlebnis besonderer Art auf dieser Konferenz war für IG Metall Gewerkschaftssekretär Werner Schade die Rede des Referenten Dr. Rudolf Martens vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband: „Neu war für mich die Aussage, dass der Regelsatz für das Arbeitslosengeld II nicht im Parlament diskutiert, sondern nur in einer kleinen Runde von Ministerialbeamten festgelegt wurde. Empörend!“

Empörend auch das Clement-Papier von der Mär vom massenhaften Sozialleistungsmisbrauch durch ALG-II-Empfänger. Dr. Rudolf Martens bringt in seinem Beitrag „Zum Leben zu wenig“ eine ganz andere Sicht ins Spiel: „Im juristischen Sinne kann es beim Begriff Missbrauch nur um die rechtswidrige Inanspruchnahme von Leistungen gehen. Hierbei wird von der Politik regelmäßig unterstellt, dass der Missbrauch ausschließlich auf Seiten der Leistungsempfänger stattfindet. Ein mögliches behördliches Fehlverhalten, das im Vergleich mit dem unterstellten Fehlverhalten von Leistungsempfängern auch ‚Missbrauch‘ genannt werden könnte, wird dagegen kaum in den Blick genommen. So kann ein ‚Missbrauch‘ vorliegen, wenn Amtsstellen die Auskunfts-, Beratungs- und Informationspflichten sowie die Verfahrensvorschriften in grober Weise missachten.“

Ganz klar das Fazit des Vertreters des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Zu den erwarteten Einsparungen durch Hartz IV ist es ganz offensichtlich nicht gekommen, aber auch zu keiner ‚Kostenexplosion‘ und dem behaupteten massenhaften Missbrauch von ALG II. Die zu erwartenden Schadenssummen durch Missbrauch im ALG II stehen in keinem Verhältnis zu wirklichen Schadenssummen, über die nur wenig berichtet wird: Tricks und Steuerakrobatik kosten den Staat jährlich 10 – 20 Milliarden Euro; dazu kommen noch 60 – 70 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung.“

Forderung nach Mindestlöhnen

Am zweiten Tag berieten die Konferenzteilnehmer in vier Arbeitsgruppen über „Arbeit unter Wert – Prekäre Arbeitsverhältnisse“, die „Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf Frauen und Familien“, „Die Mär vom Missbrauch“ sowie „Wer und Was macht unsere Kinder arm?“

In der Arbeitsgruppe I machte ein heute sehr aktuell wirkendes Zitat von US-Präsident Franklin D. Roosevelt aus dem Jahre 1933 die Runde: „Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt,



Die IG Metall Werner Schade, Halle, und Hans-Dieter Wurzler, Hettstedt, werten die Konferenz aus. Foto: Donat

ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“

Die Teilnehmer der Gruppe – Vertreter der Einzelgewerkschaften IG Metall, ver.di, NGG, Polizei u. a. machten klar: Mindestlöhne sind unverzichtbar, um Armutslöhne zu verhindern, sie sind aber eben nur die zweitbeste Lösung. An erster Stelle stehen vernünftige Tarifverträge.

Fahrstuhl nach unten ist gut geschmiert

Auf die Gefahren von prekären, also unsicheren, widerruflichen, heiklen Beschäftigungsverhältnissen, wies anschaulich Professor Klaus Dörre (siehe auch Seite 8 – LN) von der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena hin: „Wenn man einmal drin ist in dieser Zone, ist man in einer permanenten Schwebelage – sobald man in seinen Anstrengungen nachlässt, stürzt man ab und kommt nicht mehr hoch.“ Der Wissenschaftler hat folgendes beobachtet: „Der Niedriglohntsektor zeichnet sich in Deutschland dadurch aus, dass der Fahrstuhl nach oben, in besser bezahlte Jobs, nicht funktioniert. Der Fahrstuhl abwärts dagegen ist gut geschmiert. Man ist blitzschnell unten!“ Noch würden etwa 60 Prozent der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen arbeiten, die Tendenz sei jedoch sinkend. Die Wiederkehr sozialer Unsicherheit in einer reichen und sicheren

Gesellschaft, nennt Professor Dörre dieses Phänomen. Und das geschehe „nicht deshalb, weil die Deutschen auf hohem Niveau jammern, sondern es hängt mit realen Interessenverletzungen und nicht realisierten Ansprüchen zusammen.“

In dieser Phase der „Stabilisierung des Destabilen“ seien die Gewerkschaften besonders gefordert als Anwälte auch für die vom Absturz bedrohten, prekär Beschäftigten. „Ich sehe nach wie vor ein großes Defizit bei den Gewerkschaften, sich aktiv um diese sehr heterogenen Gruppen zu bemühen und sie zu organisieren. Dafür müssen erst Organisations- und Arbeitsstrukturen entwickelt werden“, fordert er. Konfliktfähigkeit herzustellen, also die Selbstorganisation der scheinbar Unorganisierbaren anzuschließen sei für die Gewerkschaften heute eine zentrale Aufgabe!

„Noch Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen!“ lautet die Erkenntnis für den Hettstedter IG Metall Klaus-Dieter Wurzler.

Über viele spannende Diskussionsbeiträge ließe sich noch berichten. So über das interessante Zahlenmaterial, das Jörg Most von der Gewerkschaft Nahrung/Genuss/Gaststätten (NGG) Halle/Leipzig vorstellte. Er räumte mit dem Vorurteil auf, Armutslöhne würden nur gering Qualifizierten bezahlt. Wahr sei vielmehr, dass nur ein Drittel der Niedriglohneempfänger einfache Tätigkeiten verrichteten. Beunruhigend auch, dass Frauen mit 71,3 Prozent die Masse aller Armutslohnempfänger darstellen und Niedriglohn kein Altersphänomen ist – fast 66 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit einem Verdienst von 50 bis 75 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen sind jung. Umso wichtiger ist die Mindestlohnkampagne von ver.di und NGG, die am 7. März deutschlandweit begonnen hat. Gefordert wird bundesweit für alle Branchen ein gesetzlich garantierter einheitlicher Mindestlohn von 7,50 Euro.

Bleibt zu hoffen, dass der DGB Sachsen-Anhalt ein Tagungsmaterial erstellt, das Interessenten als aktuelle Handlungs- und Argumentationsgrundlage anfordern können.

Armut als Normalität

Ganz normal arm? Diese Konferenz zeigte, dass wir uns nicht an die Teilung der Gesellschaft in Arme und Reiche gewöhnen dürfen. Nicht an die Schlangen auf dem Arbeitsamt, nicht an die Kinder, die plötzlich vor der Klassenfahrt krank werden, weil sie das Reisegeld nicht aufreiben können, nicht an die Eltern, die nach dem 15. schon nicht mehr wissen, was sie bis zum Ende des Monats auf den Tisch bringen sollen. Die jeden Monat froh sind, wenn Strom und Wasser diesmal noch nicht abgestellt werden und die Räumung der Wohnung in letzter Minute abgewendet wird.

„Uns war es wichtig, das Thema Armut aus der Tabuisierung zu holen und in unsere Lebenswirklichkeit zu transportieren“, sagt Johannes Krause, DGB-Chef von Sachsen-Anhalt/Süd und Mitorganisator der Veranstaltung. Der charismatische Gewerkschafter, der gleichzeitig auch Stadtrat in der SPD-Fraktion in Halle und Mitglied der Förderationsynode der Evangelischen Kirchen Mitteldeutschlands ist, setzt sich mit seiner ganzen Person und in seinen Ämtern für Gerechtigkeit ein. „Ein Leben in Würde für jeden ist in unserer reichen Gesellschaft möglich“, lautet seine feste Überzeugung.

Die Schulnetzplanung bis 2015 liegt im Entwurf für Leipzig vor. In wenigen Wochen werden sich die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte, die Stadträte mit dem Verwaltungsentwurf befassen, ihn diskutieren und beraten. Über zwei Mittelschulen wird dieser Entwurf aber fehlerhaft sein, denn der Freistaat hat „Tatsachen“ geschaffen. Mit Schreiben vom 6. März 2006 ordnete Ministerialdirigent Reusch aus dem Kultusministerium Sofortvollzug für die Nichtaufnahme von Schülerinnen und Schülern der kommenden 5. Klassen für die Christian-Felix-Weiße-Schule und die 57. Mittelschule an. Das bedeutet das praktische „Aus“ für diese Schulen. Diese Entscheidung wurde – wie in Dresden nicht unüblich – vorbei am amtierenden Oberbürgermeister Müller, vorbei am Beigeordneten und künftigen Oberbürgermeister Jung, vorbei an den Stadträten, vorbei an Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern, aber mit Unterstützung des Regionalschulamtes Leipzig getroffen.

Linkspartei Stadträtin **MARGITTA HOLLICK**, die sich vor zwei Wochen an dieser Stelle über nicht nachvollziehbare Pläne um

„Aus“ für zwei weitere Leipziger Mittelschulen

Wozu noch kommunale Selbstverwaltung ...

... wenn der Freistaat tut, was er will?

zwei Leipziger Gymnasien äußerte, schreibt heute zum angeordneten Tod zweier weiterer Leipziger Mittelschulen.

Die Stadt Leipzig hat gegen diese Dresdner Anordnung zwar kurzfristig Rechtsmittel eingelegt, aber ohne Erfolg. Trotzdem blieben die Töne seitens der Stadtverwaltung leise. Nur durch Zufall erfuhren drei Stadträte in der Beratung des Schulnetzplanausschusses am 13. März 2006 davon.

Ist das Ausdruck der „guten Zusammenarbeit“ in der Regierungskoalition? Diese Frage wird sich auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Prof. Weiß, gefallen lassen müssen; zumal die 29. Mittelschule in seinem Wahlkreis liegt.

So hat der Stadtteil Leipzig-Südost nun keine Mittelschule mehr und das Schulnetz hat große Lücken. In der 57. Mittelschule lernen viele ausländische Kin-

der und diese Schule wurde saniert.

Sieht so das Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung aus? Das Sächsische Kultusministerium griff mit diesem Sofortvollzugs-Befehl direkt in die kommunale Selbstverwaltung ein. Und das ist ein Verstoß gegen die Sächsische Gemeindeordnung und das Sächsische Schulgesetz, denn das bestimmt, dass der Stadtrat über das Bilden und Aufheben von Schulen zu entscheiden hat. Eine solche selbstherrliche Entscheidung ist in 15 Jahren städtischer Schulpolitik noch nicht vorgekommen. Sicher können Freistaat (Regionalschulamt) und Stadt unterschiedlicher politischer Auffassung sein. Trotzdem gilt es die demokratische parlamentarische Form zu wahren und die Arbeit der ehrenamtlichen, vom Volk gewählten, Stadträte zu achten.

Burkhard Jung, der bisherige Schulbeigeordnete und nunmehrige OBM, bat in einem LVZ-Interview noch im Januar

2006 die Eltern vor allem der Stadtteile Südost und Altwest, ihre Kinder dort für die Schule anzumelden, damit ein ausgeglichenes Schulnetz über Leipzig entsteht.

Lehrerinnen und Lehrer der 29. Mittelschule haben ihre Arbeit eben noch in einem „Tag der offenen Tür“ dargestellt. Kinder und Eltern konnten sich von der engagierten Arbeit an diesen Schulen überzeugen und nun das „Aus“ gegen den Willen der Stadt.

Solche Entscheidungen haben Auswirkung auf das Vertrauen gegenüber der Politik und den Politikern. Aus Vertrauen wird Misstrauen und Desinteresse. Lehrer, Eltern und Schüler sehen sich getäuscht. Man darf gespannt sein wie der neue Oberbürgermeister mit dieser Entscheidung weiter umgeht, noch ist ein Gerichtsverfahren anhängig und eine letzte Entscheidung offen.

Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten. Die Kantschule (Gymnasium) hat über 80 Anmeldungen für die kommenden 5. Klassen. Damit ist der Bestand gesichert. Wir brauchen dieses Gymnasium im Leipziger Süden. Denn wir brauchen optimale Lernbedingungen.

Die Hertz-Schule hat nur 56 Anmeldungen und erfüllt damit die Mindestanforderungen nicht (Leipzig will die Schule dennoch weiter betreiben). An der Ostwald-Schule haben sich mehr als 100 Schüler angemeldet (von beiden Gymnasien war in LN 5'06 die Rede).

Die Tarifverhandlungen vom 10./11. März 2006 mit den Ländern sind ergebnislos ausgesetzt worden. Ursache ist die kompromisslose Haltung des Verhandlungsführers der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Hartmut Möllring (CDU).

„Mit dem niedersächsischen Finanzminister und Vorsitzenden der TdL Möllring saß uns auf der Arbeitgeberseite statt eines Verhandlungsführers ein Brandstifter gegenüber“, erklärt Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Auch der stellvertretende Vorsitzende der Tarifgemeinschaft, Ralf Stegner (SPD), übte unmissverständlich Kritik an Möllrings Verhandlungsführung, die nicht auf Einigung gerichtet gewesen sei, „weil man glaubt, man braucht keine Tarifverträge“. Dabei ist der niedersächsische Finanzminister und Verhandlungsführer Möllring lediglich eine Marionette der CDU-Ministerpräsidenten von Bayern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch Niedersachsen, die hinter den Kulissen eine unrühmliche Rolle spielen. „Das Vorpreschen auf eine Arbeitszeit von 42 Stunden hat einen Kompromiss deutlich erschwert“ – rechnet Bayerns ver.di-Landesbezirksleiter Josef Falbisoner der bayerischen Staatsregierung eine Mitschuld am ergebnislosen Ausgang der Tarifverhandlungen mit den Ländern zu. In Thüringen wies ver.di-Landesbezirksleiter Thomas Voß den Vorstoß

des Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) für die 42-Stunden-Woche zurück: „Offenbar wird die Suche nach einer Lösung des Tarifkonflikts in Thüringen nicht ernsthaft betrieben. Stattdessen präsentiert sich der Ministerpräsident bundesweit als

Bereiche im Zweifelsfall tariffrei zu machen.“

Sachsen gegen Angleichung

Ganz vorn bei den Betondeckeln mit dabei der sächsische Ministerpräsident Prof. Milbradt (CDU). Er torpediert

die alleinige Verantwortung für die Zuspitzung des Konfliktes. „Sie wollen keine Tarifrücklösung, sondern einen tariflosen Zustand. ... Den pädagogischen Einrichtungen in allen Bundesländern ist ein Bärendienst erwiesen worden. Das geht auf Kosten der Qua-

Verhandlungen ausgesetzt, Streik geht weiter

Ministerpräsidenten als unrühmliche Fädenzieher

Scharfmacher. Das ist verantwortungslos.“

Diktat der „Arbeitgeber“

Der Bundesvorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Frank Bsirske, kritisiert in einem Brief an die Untergliederungen das politische Manöver: „Im Kern will eine Mehrheit der Ministerpräsidenten, angeführt von den Herren Stoiber, Wulff und – im Hintergrund – Koch die Gewerkschaften vor die Wahl stellen, sich entweder dem Diktat der Arbeitgeber zu beugen oder künftig zentrale Fragen wie Arbeitszeit und Lohn nicht länger tariflich regeln zu können. In jedem Fall wollen diese Arbeitgeber einseitig bestimmen – so oder so. Was hier ... auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist ein grundlegender Bruch im Tarifsystem: Nicht etwa nur der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag, sondern der Versuch eine Dynamik in Gang zu setzen, ganze

nicht nur die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst auf den Länderbereich, der mit Bund und Kommunen ausgehandelt worden ist, er stellt auch bereits unterschriebene Tarifergebnisse in Frage. Im Januar 2003 wurde mit den neuen Ländern die vollständige Vergütungsangleichung an das Westniveau für die unteren Vergütungsgruppen zum 31. Dezember 2007 und für die höheren Vergütungsgruppen zum 31. Dezember 2009 vereinbart. Milbradt möchte diese Endtermine wieder aufweichen. Dies lehnen die GEW, ver.di und die Polizei-Gewerkschaft ab. Sie wollen einheitliche Bedingungen in Ost und West.

Schmerzgrenze erreicht

Obwohl die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen an ihre Schmerzgrenze gegangen sind, haben die Arbeitgeber den Kompromiss abgelehnt. Damit tragen die Hardliner in der Länder-Tarifgemeinschaft

lität von Bildung und wird auf dem Rücken der Kinder, Jugendlichen, Eltern und Beschäftigten ausgetragen“, empört sich Ilse Schaad, Tarifexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Ausweitung der Streiks

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden den Arbeitskampf ausweiten und die Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften suchen. Da bietet sich die aktuelle Metall-Tarifrunde an. Außerdem sind Solidaritätsstreiks in anderen Branchen geplant.

Denn es geht nicht mehr um Prozente und Minuten, es geht um den Erhalt von Tarifverträgen.

Die Eskalation des Konflikts haben allein diejenigen Arbeitgeber zu verantworten, deren Tarifpolitik darauf gerichtet ist, die Beschäftigten wehrlos zu machen.

• BERND SELLIN

10 Punkte für linke Einheit auf Augenhöhe

LN. Der Kreisvorstand der WASG Leipzig und Leipziger Land und der Stadtverband Leipzig der Linkspartei.PDS haben auf einer Klausur Mitte März ein 10-Punkte-Aktionsprogramm beschlossen.

Die Vorstände erklärten gemeinsam, dass mit dem Aktionsprogramm das bereits bestehende Leipziger Kooperationsabkommen auf Augenhöhe ergebnisorientiert vertieft und zugleich der gemeinsame Parteinneubildungsprozess fortgesetzt werde.

Die 10 Punkte enthalten u. a. die Gründung eines *Forums Neue Linke Leipzig*. Monatlich geplant sind ferner thematische Veranstaltungen für eine breite öffentliche Diskussion des linken Projektes sowie gemeinsame Arbeitstreffen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, Aktionen im Umfeld des 1. Mai 2006 sowie die Bildung eines paritätischen Kommunikations-, Kreativ- und Image-Teams (KIT).

Beide Vorstände betonen die Wichtigkeit des Parteinneubildungsprozesses von unten, der das Vertrauen unter Linken durch erfahrbare erfolgreiche Zusammenarbeit und den Vorzug von Ergebnissen vor dem Zerreden des linken Projektes zum Gegenstand habe. Auch müsse die Öffnung zu den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und allen anderen linken Kräften jetzt mit Strukturen und Inhalten unterlegt werden, wenn die Neue Linke ihrem Anspruch gerecht werden wolle.

Zu den Konflikten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wird bei allen Beteiligten respektvoller Umgang und Zurückhaltung statt Polarisierung ange-mahnt.



NATO gelandet

LN. Der Bundesminister der Verteidigung Franz-Josef Jung beging am 23. März 2006 zusammen mit hochrangigen Vertretern der an SALIS (Strategic Air-lift Interim Solution) beteiligten Nationen die Indienstellung dieser NATO-EU-Initiative mit einer feierlichen Zeremonie auf dem Flughafen in Leipzig-Halle. Gleichzeitig lehnte die Geschäftsführung der Flughafen Leipzig/Halle GmbH die Durchführung einer für Donnerstag (23. 3.) geplanten Pressekonferenz ab, auf der die Linkspartei ihre kritische Position zur völkerrechtswidrigen Stationierung strategischer NATO-Transportflugzeuge und zum Ausbau des mitteldeutschen Flughafens zum Logistikdrehkreuz für künftige Kriege darlegen wollte. Die fadenscheinige Begründung lautet: Dafür stünden zum gewünschten Zeitpunkt auf dem Flughafen „keine Räumlichkeiten“ zur Verfügung. Angesichts der Platzverhältnisse dort entlarvt sich diese Absage eindeutig als politischer Akt.

Ungeachtet dessen waren Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Linkspartei aus Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie Mitglieder der Bürgerinitiative IG Nachtflugverbot während des „Feieraktes“ auf dem Flughafen anwesend – auch um Fragen interessierter Journalisten zu beantworten.

Mit der Indienstellung SALIS stehen den beteiligten Nationen bis zu sechs ANTONOW (AN-124- 100) Luftfahr-

zeuge für multinationale NATO- oder EU-Einsätze zur Verfügung. Zwei ANTONOWS sind nun am Standort Leipzig stationiert. Damit wird die Region Leipzig/Halle zu einem potenziellen Magneten für terroristische Anschläge. Die Verantwortlichen für das jetzt in Schkeuditz anlaufende Vorhaben setzten sich bewusst über Bestimmungen des Zwei-plus-vier-Vertrages von 1990 hinweg, nach dem „ausländische Streitkräfte sowie deren Dienstleistungen“ im Beitrittsgebiet weder stationiert noch dorthin verlegt werden dürfen. Des Weiteren werden Vertragsvereinbarungen verletzt, wonach Atomwaffen oder deren Träger nicht nach Ostdeutschland zu verbringen sind und sich die NATO Response Force die Transportverfügung über chemische, biologische, radiologische und nukleare Einsatzmittel ausdrücklich vorbehält.

Als im Frühjahr 2005 der Ausbau des Schkeuditzer Flughafens für das Logistikunternehmen DHL verkündet wurde, war von keiner weiteren Nutzung die Rede. Nach der Bewilligung von 275 Millionen Euro öffentlicher Gelder wurde erklärt, dass die Erweiterung des Frachtfeldes auch anderen Investoren Chancen böte. Eine mögliche militärische Nutzung wurde weiter verschwiegen. Die Lufttransport-Planungen des Bundesverteidigungsministeriums begannen jedoch bereits im November 2000 – als noch niemand von der DHL-Ansiedlung wusste.

Kleine Hoffnung des Kratzers

Sie kratzen und kratzen. Nein, nein, sie kratzen nicht bei irgendwelchen Vorgesetzten. Sie kratzen auch nicht bei irgendwelchen Gönnern (oder Göttern), den Leuten vom Arbeitsamt etwa. man schweigt in Dankbarkeit für die Vermittlung in den Ein-Euro-Job immerhin. Sie kratzen 60 Stunden lang auf den

Monat verteilt, sie kratzen sich so einen Euro pro Stunde zusammen, unter den argwöhnischen

Augen des Vorarbeiters. Sie kratzen vor aller Öffentlichkeit von einer mannshohen Mauer die fröhliche Kunst der Graffiti-Künstler weg, kratzen ein blasses Leinentuch vor die toten Augen eines verfallenden Gebäudes an der Berliner Straße, in dem einmal KammgarnspinnerInnen ihr Wesen trieben. Sie kratzen die Mauer sauber, mit Spachtel und Drahtbürste, damit die eiligen Autofahrer auf der Berliner Brücke nicht im Schrecken vor Graffiti-Monstern das Lenkrad loslassen.

„Schluss jetzt, fertig für heute“, stöhnt Herr M. und rückt ächzend sein Kreuz gerade. „Morgen weiter.“ Er kratzt sein stumpfe Spachtel sauber, er kratzt sein staubiges, graues, bald vom Ausfüllen des Rentenantrags beanspruchtes Haupt. Nachdenklich blickt er auf die grünen Zipfel im Staub zu Füßen der gereinigten Mauer. Soweit runter beim Freikratzen der Mauer sind sie nicht gekommen vor Feierabend. Aufstrebendes grünes Gras, das noch zu zupfen wäre. „Vielleicht wächst das über Nacht“, erhofft sich der Kratzer von den Sprayern. „Wir werden es nicht wegkratzen“, nimmt er sich vor, steckt die Spachtel in die Arschtasche seiner Jeans und geht nach Hause. Oder in die Kneipe.

Geschichten vom Herrn M.
aufgezeichnet von Ekkehard Fritz

Nicht erst in den kämpferischen Wochen vor der Leipziger OBM-Wahl zeigte sich deutlich an so mancher wirklichen oder vermeintlichen Enthüllung, dass einerseits im Rathaus von den Angestellten sehr viel an den gewählten Stadträten – dem Leipziger Souverän – vorbei entschieden oder gar gemauschelt wird, dass aber andererseits auch viele Bürger gar nicht wissen, was die Stadträte im einzelnen tun und vor allem wie sie es tun, in welchen Abhängigkeiten und Bindungen sie stehen. Denn seinem Gewissen verantwortlich zu sein ist das eine, seinem Wissen das andere. Und dann ist da ja auch noch die Partei, deren Vertreter man im Stadtrat ist, eine Parteibasis, die Forderungen hat. Und da ist nicht zuletzt die Verantwortung der Bürger, ob Mitglied einer Partei oder nicht, sich selbst immer wieder einzubringen in die Geschäfte des Stadtrats, nicht nur mit einem Kreuzchen zum Wahltag – zumal Stadträte nicht wie Landtags- oder Bundestagsabgeordnete ein gutes Salär und einen Mitarbeiterstab haben, der ihnen das viele zu bearbeitende Papier aufbereiten hilft. Wer einmal das dicke Bündel gesehen hat, das ein – ja seinen Lebensunterhalt noch durch einen Beruf verdienender – Stadtrat vor jeder Sitzung durcharbeiten muss, der weiß, wovon die Rede ist.

Linkspartei-Stadträtin **ILSE LAUTER** trug auf der jüngsten Stadtdelegiertenkonferenz ihrer Partei Überlegungen vor, dass „Basis“ schließlich jeder irgendwie ist, auch wenn sich mitunter eine Schere zwischen „oben“ und „unten“ auftut. Da hilft nur eines: Sich einbringen! • mx

Wie arbeiten Stadträte?

Stadträte arbeiten – neben vielem anderen – in thematischen Ausschüssen, die die Stadtratssitzungen vorbereiten. Alle Vorlagen werden zuerst dort beraten und sind bis zum Beschluss durch die Ratsversammlung nicht öffentlich. Die beratenden Ausschüsse arbeiten also nichtöffentlich, während die beschließenden Ausschüsse öffentlich wirken – so der Verwaltungsausschuss, an dessen Sitzungen – wie auch an der Ratsversammlung – jedermann teilnehmen kann.

Wie arbeitet die Fraktion?

Sie muss, um in den Stadtratssitzungen

erfolgreich zu sein, diese qualifiziert vorbereiten. Dazu hat sich die Fraktion drei inhaltliche Arbeitskreise gegeben, hier bilden sich die Stadträte eine Meinung zu den Vorlagen, sie schlagen Anträge, Anfragen usw. vor, über die in der Fraktionssitzung beraten und entschieden wird.

Wer ist sachverständig?

Die Arbeitskreise werden unterstützt von externen Sachverständigen mit beratender Funktion. Das sind zur Zeit 16 Genossinnen bzw. Sympathisantinnen ohne eigenes Mandat. Wenn jemand an einer solchen sachbezogenen und arbeitsintensiven Mitarbeit interes-

siert ist, sollte er das Gespräch mit der Fraktion suchen.

Manchmal heißt es, dass diese Sachverständigen nicht zur eigentlichen Parteibasis zählen. Woran misst man das aber? Etwa am Sachverstand? Der Umkehrschluss wäre doch sehr fatal ...

Wer aber ist die Basis?

An welchen objektiven Merkmalen kann man erkennen, wer zur Basis gehört? Es gibt da verschiedene Thesen: Wer eine Wahlfunktion innehat, gehört nicht zur Basis. Oder: Alle, die Verantwortung für Gliederungen der Partei tragen, gehören nicht mehr zur Basis. Alle, die in der Öffentlichkeit ein Ehrenamt bekleiden, sind keine Basis. Die Folgen

politikern, die neben ihrer Tätigkeit viele Stunden ehrenamtlich arbeiten? Viele von ihnen haben nur eine stundenweise oder Teilzeit-Beschäftigung.

Was unterscheidet sie von anderen Berufstätigen, die ehrenamtlich arbeiten? Bleibt die subjektive Entscheidung: Ich betrachte mich als Basis, also bin ich die Basis? Das ist natürlich möglich. Doch besteht damit nicht die Gefahr, dass der Basisbegriff beliebig und damit sinnentleert wird?

Deutlich wird der Unterschied zwischen „Hauptamtlichen“ und „Ehrenamtlichen“ am Grad der Informationen, über den verfügt wird. Wer Information hat, verfügt über Einfluss und hat ganz andere Mitsprachemöglichkeiten. Und genau

Fraktionsarbeit, Basis und Demokratie

solchen Denkens wären schon komisch. Da hätten zum Beispiel sämtliche Teilnehmer einer Stadtdelegiertenkonferenz keinen Basisstatus mehr, auch alle diejenigen nicht, die in Interessen- oder Arbeitsgemeinschaften aktiv sind.

Noch zwei andere Thesen: Zur Basis gehört nur, wer für seine ehrenamtliche Arbeit kein Geld erhält. Und: Wer hauptamtlich in und bei der Partei arbeitet, gehört nicht zur Basis. Das heißt, Berufspolitiker zählen nicht zur Basis. Sie arbeiten professionell. Politik ist ihre Profession geworden. Dieses Merkmal ist sicher unstrittig.

Doch was ist mit den Mitarbeitern von Fraktionen, Parteigremien und Berufs-

da steht jeder in Verantwortung, der linke Politik gestalten will. Das heißt, Informationen über Vorgänge, Absichten, Ziele öffentlich zu machen. Aber das hat weniger etwas mit Basis und Nicht-Basis zu tun als vielmehr mit dem Verständnis von Demokratie.

Um Informationen anderen Interessierten zugänglich zu machen, gibt es nicht nur die Öffentlichkeit der Fraktionssitzung, aber die ist selbstverständlich schon aus räumlichen Gründen beschränkt. Möglichkeiten der Mitarbeit aber bieten vor allem die Arbeitskreise, die Zusammenarbeit von Fraktionsmitgliedern mit IG, AG und Plattformen, die Einbindung in ihre Ortsverbände.



Ausverkauf

Der Totalverkauf des kommunalen Wohnungsbestandes in Dresden – einzigartig in einer deutschen Großstadt – wird gefeiert, nicht zuletzt von der Leipziger Volkszeitung: Dresden sei nun nicht nur schuldenfrei, sondern behalte auch noch Geld übrig und kann sich nun die dringend nötige Sanierung von Kitas und Schulen leisten, die Renovierung und Erweiterung des Zoos, den Umbau des Kulturpalastes und manches andere bisher nicht realisierbare Vorhaben. Gleichzeitig blickt man auf auf Leipzig und andere Städte: Dresden wird unverhüllt als Vorreiter präsentiert.

Kritische Stimmen werden zwar zitiert, aber über die Befürchtungen geht man schnell hinweg. Vor allem eins wird unter den Tisch gekehrt: Der Geldsegen ist ein einmaliger Akt, die Faktoren aber, die zur Verschuldung von Dresden und vielen anderen Städten in Sachsen geführt haben, wirken weiter. Niedrige Steuereinnahmen der Kommunen und reduzierte Zuschüsse vom Land engen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit auch künftig ein. Keine Schulden mehr machen zu wollen, wird auf Dauer ein frommer Wunsch bleiben. Und zum anderen: Das US-Unternehmen Fortress hat die Wohnungen gewiss nicht gekauft, um hier ein Sozialprojekt zu realisieren, sondern um Gewinn zu erwirtschaften. • G. L.

Woba-Verkauf ist kein Modell

LN. Der seit langem geplante und umstrittene Verkauf kommunaler Wohnungen in Dresden ist vollzogen – vorbehaltlich der Bestätigung des Deals durch das Regierungspräsidium und das Bundeskartellamt (siehe auch Sachsen-Chronik und Kommentar).

Nicht nur in Dresden hatte sich ein starker Widerstand der Bürger gegen das Vorhaben formiert. Auch andere Städte äußerten ihre Skepsis und warnten davor, teils auf eigene Erfahrungen verweisend, diesen Weg zum Abbau städtischer Schulden zu verallgemeinern.

Halle hat bereits schlechte Erfahrungen mit dem Verkauf eigener Wohnungen gemacht. Ein Vertrag mit einem amerikanischen Investor scheiterte ganz. Der Verkauf von 2000 Wohnungen in Halle-Neustadt landete vor Gericht, weil der Unternehmer Ullrich Marseille den Kaufpreis und seine Investitionen zurückforderte. Magdeburg und Dessau lehnen von vornherein einen Verkauf ihrer Wohnungen ab.

Auch in Erfurt wird der Dresd-

ner Deal mit Skepsis betrachtet. Die Thüringer Landeshauptstadt Erfurt zieht es laut MDR-Info vor, für ihre Wohnungsbau-Gesellschaft ein „Fitness-Programm“ zu realisieren, mit dem das Unternehmen bis zum nächsten Jahr schuldenfrei werden soll.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht im Verkauf der städtischen Wohnungen in Dresden keinen Modellfall für andere Großstädte. Hauptgeschäftsführer Landsberg sagte, Dresden sei ein Einzelfall und keine Blaupause für die Lösung kommunaler Finanzprobleme. Die Mehrzahl der deutschen Städte habe solche Filetstücke nicht oder nicht mehr. Entschuldung könne nur gelingen, wenn Bund und Länder den Kommunen weniger Aufgaben aufbürdeten und wenn die Investitionen stiegen.

Im ebenfalls hochverschuldeten Leipzig allerdings denken viele Verantwortliche ernsthaft über einen Teilverkauf der stadteigenen Wohnungsgesellschaft Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft nach. Der neugewähl-

te Oberbürgermeister Burkhard Jung hat dabei 53 600 Wohnungen der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft im Auge. Die CDU will ebenfalls einen großen Teil der städtischen Wohnungen privatisieren.

Inzwischen erklärte Fortress, mit dem Wohnungsunternehmen an die Börse gehen zu wollen. Der Deutschlandgeschäftsführer des Unternehmens, Matthias Moser versprach, dass es angesichts des hohen Leerstandes „keine erheblichen Mieterhöhungen“ geben soll. Stattdessen sollen mehr Wohnungen vermietet werden, der Leerstand von derzeit 18 Prozent auf fünf Prozent sinken. Gewinne sollen an der Börse gemacht werden.

Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Franz-Georg Rips, nannte die Entscheidung falsch und kurzsichtig. Die Mieter hätten letztlich die Zeche zu zahlen. Die Mieten würden steigen, weil Fortress den hohen Kaufpreis wieder einspielen müsse. Außerdem verliere die Stadt den Einfluss auf Wohnungspolitik und Stadtumbau.

Schildbürgerstreich der Bahn

Die Ankündigung der Deutschen Bahn AG, in Leipzig eine neue ICE-Werkstatt zu errichten, ist besonders in Delitzsch auf Unverständnis gestoßen, wo im Jahre 2002 die Schließung des dortigen Bahnwerkes bekannt gegeben wurde. Der Widerstand der Bahnwerker und der Gewerkschaft sicherte damals wenigstens Aufträge bis zum Jahre 2007. Im vorigen Jahr waren jedoch das Werk privatisiert und 250 Arbeitsplätze gestrichen worden.

Delitzschs Landrat Michael Czupalla forderte Minister Tiefensee auf, den Sachverhalt mit dem Vorstand der Bahn AG zu erörtern, während sich das Wirtschaftsministerium in Dresden damit zufriedengab, dass die Investition nach Sachsen geht. MdL Michael Friedrich, zugleich Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Kreistag Delitzsch, nannte den Vorgang einen wirtschaftspolitischen Schildbürgerstreich ohnegleichen. Während in Delitzsch 14 Millionen Euro genügt hätten, sollen in Leipzig 25 Millionen investiert werden.

Starres System

LN. Eine Statistik des Kultusministeriums bestätigt die Starrheit des sächsischen Bildungssystems. Danach haben im laufenden Schuljahr nur 0,7 Prozent der Absolventen der Mittelschule nach erfolgreichem Realschulabschluss den Sprung in die 10. Klasse des Gymnasiums geschafft. Auch der Anteil der Schüler, die nach Klasse 5 bzw. 6 noch von der Mittelschule ans Gymnasium wechseln, ist verschwindend gering. Stattdessen wechseln jährlich zwischen neun und zwölf Prozent der Gymnasiasten der Klassen 7, 8 und 9 zurück an eine Mittelschule.

Gemeinsames Lernen

LN. Die Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag hat eine bis Juni dauernde landesweite politische Aktion gestartet, die unter dem Motto steht: „Längeres gemeinsames Lernen – eine andere Schule ist nötig und möglich“. Vier Fünftel der sächsischen Bevölkerung sind für eine gemeinsame Schule für alle bis mindestens zur 8. Klasse, während die Koalition bis 1997 nur eine einzige einrichten wird. Die Fraktion will die Öffentlichkeit über ihren abgelehnten Schulgesetzentwurf und ihre Parlamentsanträge zu den Themen Gemeinschafts- und Ganztagschule informieren.

Heimatschachteln

Peter Porsch: „Offenbar ist Herr Tiefensee der Meinung, dass Millionen Ostdeutsche nur deshalb in den Westen gezogen sind, weil sie durch Westpakete dazu verführt worden sind, und versucht nun, mit Ostpaketen gegenzusteuern. Seine „Heimatschachteln“ dienen wohl der Abrundung seines jüngsten Vorstoßes, nur noch zwei sogenannte internationale Wachstumskerne in Ostdeutschland zu fördern. Den Regionen, die wie Magdeburg nicht dazu gehören, wird nun mit einer Förderpolitik der ganz neuen Art unter die Arme gegriffen ... um ihnen ein Leben ohne Arbeitsplatz zu versüßen.“

Neue Arbeitsplätze

LN. Ein „Sächsisches Programm für Arbeit und Beschäftigung unter den Bedingungen des SGB II“, das die Linksfraktion.PDS dem Landtag als Antrag unterbreitet hat ist u. a. der Vorschlag enthalten, der Freistaat Sachsen solle sich der Initiative des Berliner Wirtschaftsensors Harald Wolf anschließen und alle finanziellen Leistungen des Staates für Langzeitarbeitslose zu bündeln und in reguläre Arbeitsplätze eines öffentlichen Beschäftigungssektors zu stecken – gemäß dem Grundsatz: Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

7. März

Dresden. Das Landeskriminalamt registrierte im Jahre 2005 65 antisemitische Straftaten gegenüber 50 und 54 in den Jahren zuvor.

Dresden. Bei einer bundesweiten Aktion gegen die verbotene rechtsextremistische Organisation „Blood & Honour“ werden in Sachsen 34 Objekte durchsucht. Gegen sechs Verdächtige wird wegen der Verbreitung nationalistischen und rassistischen Gedankenguts ermittelt. Eine Person wird festgenommen.

Oschatz. Der suspendierte Bürgermeister von Wermisdorf, Bernd Dieter Lehmann, von der Antikorruptionseinheit INES in 32 Fällen der Korruption und der Untreue beschuldigt von einem Schöffengericht mit der Begründung freigesprochen, bei den strafbaren Handlungen sei kein Vorsatz erkennbar gewesen. Die Staatsanwaltschaft legt Berufung ein.

9. März

Dresden. Unter dem Druck hoher Verschuldung verkauft die Stadt als erste deutsche Großstadt mit rund 49 000 Wohnungen fast ihren gesamten Wohnungsbestand sowie 1300 Gewerbeimmobilien

SACHSEN-CHRONIK

7. bis 20. März

an die US-amerikanische Investorengruppe Fortress für 1,7 Mrd. Euro. 40 Mitglieder des Stadtrats stimmen dafür, 29 dagegen.

Dresden. Entsprechend einem Vorschlag von Landtagspräsident Ilten beschließen alle im Landtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der NPD, im Mai die KZ-Gedenkstätte in Auschwitz zu besuchen.

12. März

Kamenz. Der sorbische Schriftsteller Jurij Brezan stirbt in einem Krankenhaus. Er wäre am 9. Juni dieses Jahres 90 Jahre alt geworden.

13. März

Dresden. Die Linkspartei beginnt die Auseinandersetzung mit den Mitgliedern, die im Stadtrat für den Totalverkauf des Wohnungsbestandes der Stadt stimmten. Bei der Schiedskommission wurden Ausschlussanträge gegen sechs Mitglie-

der gestellt, u. a. Christine Ostrowski, Ronald Weckesser und Ingrid Mattern.

Dresden. In der Affäre um die Landesversicherungsanstalt gerät der DGB-Landesvorsitzende Hanjo Lucassen unter Druck. Nachdem bereits die FDP seinen Rücktritt als LVA-Vorstandsmitglied gefordert hatte, erhebt die ehemalige Betreiberin der Klinik Brandis schwere Vorwürfe gegen ihn. Sie habe ihn ergebnislos auf Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht. Lucassen weist alle Anschuldigungen als unzutreffend zurück.

14. März

Dresden. Infolge prinzipieller politischer Meinungsverschiedenheiten mit seiner Landtagsfraktion tritt der koalitionskritische SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle von seinem Amt als wirtschaftspolitischer Sprecher zurück.

Dresden. Im Landtag werden die langfristigen Belegungsgarantien der LVA Sachsen für Kurkliniken und die mangelnde Selbstkontrolle kritisiert. Die Antikorruptionseinheit und Rechnungshöfe ermitteln weiter.

15. März

Görlitz/Zgorzelec. Die sächsische Stadt und ihre polnische Nachbarin präsentieren sich in der EU-Jury in Brüssel als gemeinsame Bewerber für die Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010.

Leipzig. 90,3 Prozent der Universitätskliniken in Leipzig und Dresden stimmen bei einer Urabstimmung für Streik, nachdem bereits an acht anderen Universitätskliniken in Deutschland eine Arbeitsniederlegung begonnen hat.

18./19. März

Bad Schandau. Auf ihrer Klausurtagung berät die Landesregierung über den Haushalt 2007/2008. Sie will bis zum Jahre 2009 einen ausgeglichenen Etat erreichen. Deshalb soll die Neuverschuldung um 300 Millionen Euro reduziert werden. Bei den Landesbediensteten sollen bis 2010 über 6400 Stellen wegfallen, darunter 2441 bei der Polizei.

In Leipzig gab es 2003 bis 2004 1113 Gewaltverbrechen an Schulen. Das sind 1113 zuviel.

Die höchste Prozentzahl an Tatverdächtigen stellten die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren. Eine Studie des LKA Sachsens besagt, dass von 1473 Opfern 706 Opfer mit ihren Tätern nicht bekannt waren. Die Ermittler stellten 15 Messer und 16 Schusswaffen sicher.

Was macht Jugendliche so aggressiv?

Dass Heranwachsende – aus ihrer Nativität geworfen – der Meinung sind, die Welt nicht mehr zu verstehen, ist nichts Neues. Doch wer kann ihnen die Welt erklären, wem glauben sie? Die Medien und Action-Filme tun ihr Übriges, um zu zeigen, dass „da draußen“ nicht die heile Welt existiert. In dem Vorwort zum Buch

Von **NADJA KELLNER**

Aggressionsentwicklung zwischen Normalität und Pathologie (Göttingen, 2005; Vandenhoeck und Ruprecht) stellt die Herausgeberin Inge Seiffge-Krenke die Situation der Jugendlichen so dar: „Kinder und Jugendliche finden sich in zunehmend komplexen und widersprüchlichen Lebenswelten wieder, die ihnen zwar mehr Handlungsoptionen bieten, ihnen aber auch sehr viel mehr Selbstorganisation und Entscheidungsprozesse bei hoher Ungewissheit abverlangen.“

Unter diesen Umständen, die ebenso viel Leistungsdruck wie Zukunftsangst hervorbringen können, sieht sie die großen Gefahren für Heranwachsende: Resignation, Apathie, Aggressivität oder auch politische Radikalität. Die Eltern, die die Aufgabe haben, ihren Kindern aus dieser Misere zu helfen, stecken selbst in einer. Entweder sie arbeiten viel zu viel, um ihren Kindern und sich einen gewissen Wohlstand zu bieten. Oft können sie sich nur sporadisch um die Erziehung kümmern. Oder aber, sie arbeiten gar nicht, weil ihre Arbeitskräfte nicht gebraucht werden. Was Kindern zeigt, dass Fleiß auch nicht immer genügt, um einen Job zu bekommen und zu behalten.

Daher liegt es zu einem großen Teil an der Schule, den Kindern den Sinn des Lernens zu zeigen und ihnen, soweit es der Institution Schule möglich ist, die Angst vor der beruflichen und wirtschaftlichen Zukunft zu verringern – also die Angst vor dem Versagen.

Erziehung ist vor allem das Erlernen von sozialen Kompetenzen: Wie geht man mit seinen Mitmenschen um? Erst wenn die Schule Bildung und Erziehung zusammenbringt, formt sie junge Menschen.

Sind die deutschen Schulen gerüstet?

Nach der PISA-Studie von 2003 (eine neue wird es erst in diesem Jahr geben) sind über die Hälfte aller deutschen Schulen „belastet“. Mit diesem Begriff meinen die Verfasser „wahrgenommene Belastungen ... auf mangelnde materielle und personelle Ressourcen, Probleme mit Lehrer- und Schülerschaft.“

In Sachsen kämpft jede zweite Schule mit personellem und/oder materiellem Mangel. Wenn man davon ausgeht, dass 84 Prozent der Leistungsunterschiede unter den Schülern auf die Schulform zurück-

zuführen sind, bedeutet dies, dass trotz möglicher ethnischer Hintergründe und sozialer Defizite die Schüler durchaus eine Chance haben – aber eben nur dann, wenn die Schule dafür gerüstet ist. Die Studie unterschied die Schulen nicht nur nach „belastet“ und „unbelastet“, sondern auch nach „aktiv“ und „passiv“. Mit „aktiv“ meinen die Verfasser der PISA-Studie z. B. „den Einsatz von Evaluationsverfahren, Aktivitäten zur inhaltlichen und fachlichen Kooperation des Lehrerkollegiums oder die Integration von Eltern in schulische Aktivitäten“. Das Zauberwort lautet also: Aktivität. Für

cher sehen die menschliche Aggressivität nicht als Problem, sondern als einen natürlichen Trieb an. Entscheidend sei, wie diese Eigenschaft eingesetzt werde. Sie meinen, dass Schüler, die sich in einem Verbund fühlen, zwar in Konkurrenz treten können, aber nur soweit, dass die Gemeinschaft, zu der sie sich zugehörig fühlen, keinen Schaden nimmt. Richtet sich die Aggression gegen die Gruppe, geht man davon aus, dass dieser Täter sich nicht mit der Gruppe identifiziert und daher nicht mit ihr und ihren Mitgliedern in einer Bindung steht. Würden die Schüler sich miteinander verbun-



Aggressiv und ohne Werte?

Situation der Schüler in der heutigen Zeit

diese Art von Schulform setzt sich der (in Sachsen sehr aktive, vor allem im Kampf gegen das CDU-Schulgesetz bekannt gewordene) Verein „Zukunft braucht Schule“ ein. Die aktive Schule bezieht die Eltern in den Schulbetrieb mit ein. Vor allem ist es nötig, und davon weicht der Verein trotz seines gescheiterten Volksbegehrens nicht ab, die Klassenstärken von 33 auf maximal 25 Schüler zu senken. Wie soll sich ein einzelner Lehrer bei 28 und mehr Schülern in einer Klasse um alle, auch um die schwierigeren Kinder kümmern?

Kein Wunder, wenn oft viel zu spät bemerkt wird, dass ein Schüler ein so genannter Schulverweigerer ist. Denn sich

... sich der Schule verweigern, muss nicht bedeuten, durch Abwesenheit zu glänzen. Auch Schüler, die körperlich anwesend sind, können geistig abwesend sein. Das schwierige ist es, diesen Kindern eine Beziehung zur Schule zu ermöglichen ...

der Schule verweigern, muss nicht bedeuten, durch Abwesenheit zu glänzen. Auch Schüler, die körperlich anwesend sind, können geistig abwesend sein. Das schwierige ist es, diesen Kindern eine Beziehung zur Schule zu ermöglichen, so dass sie einen Sinn an einem Sieben-Stunden-Schultag sehen, ohne missmutig auf den Pausengang zu warten.

Was lehren die Studien?

Solche Bindung ist eines der Schlüsselworte eines Projektes, das 1999 in Heidelberg durchgeführt worden ist. Die Ma-

den fühlen, würden sie sich nicht gegenseitig schaden, da sie ansonsten ihrer eigenen Gruppe schaden würden. Ein Beispiel dafür ist ein Fußballspiel: ohne Teamgeist ist ein Spiel nicht zu bestreiten. Alleingänge würden der Mannschaft schaden.

Die Heidelberger versuchten daher, der Klasse ein Wir-Gefühl zu geben. Voraussetzung dafür sind viele gemeinsame Stunden. Das ist in der Schule nur bedingt möglich. Nach der sechsten, vielleicht auch siebten, Unterrichtsstunde geht jeder seiner Wege.

Wie entsteht ein Wir-Gefühl?

Eine Möglichkeit bieten Ganztagsangebote, die auch in Sachsen seit einiger Zeit durchgeführt werden. Schüler bleiben bis zum späten Nachmittag in der Schule, ihrer Gemeinschaft. Damit wissen Eltern nicht nur, wo ihre Kinder sind, in der gemeinsam verbrachten Zeit kann auch soziale Kompetenz vermittelt werden. Ziel ist ein Wir-Gefühl, dass die Kinder nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten und kommunizieren lässt.

Solche Ganztagsangebote haben nichts zu tun mit einer „Kinderbewahrungsanstalt mit zwischendurch Suppenküche“. Nach dem Vormittagsunterricht ein Nachmittagsprogramm: „Lust auf Leben wecken durch ein breites Angebot an Sport, Musik, Theater und sozialem Lernen“, wie der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V., Christian Pfeiffer, fordert. Er bemerkt ebenfalls, dass die Trennung von Haupt-, Realschule und Gymnasium zumindest im Nachmittagsprogramm aufgehoben werden sollte.

Dies ist eine generelle Forderung von Cornelia Falken – als Parteipolitikerin für die Linkspartei.PDS im sächsischen Landtag,

Vorsitzende der GEW und Unterstufenlehrerin an einer Wiederitzscher Schule. Sie befürchtet einen wachsenden Riss in der Lebenswelten von Schülern im gehobenen und weniger gehobenen Bildungsstandard. Durch eine zu frühe Selektion der Schüler in Gymnasium, Mittel- oder Hauptschule lernen die Kinder der unterschiedlichen Bildungsschichten nicht miteinander umzugehen, sich helfend auszutauschen. Sie plädiert energisch dafür, die Schüler bis zur siebten bzw. achten Klasse in einer Klasse lernen zu lassen, wobei sowohl die durch ein intellektuelles Elternhaus vielleicht besser vorgebildeten als auch die weniger gebildeten Schüler zusammen lernen – und soziale Kompetenzen entwickeln, wenn sie sich gegenseitig helfen. Auf Über- bzw. Unterforderung könne geachtet werden, indem sich nicht nur ein einziger Lehrer um eine Klasse kümmert. Diese Gemeinschaftsschulen sind anlaufende Projekte, die es auch für Sachsen gibt.

Es gibt Alternativen

Die seit über zehn Jahren bestehende „Nachbarschaftsschule“ (NaSch) ist solch eine Ganztagschule. Dennoch gilt sie nach wie vor als Versuchsschule. Der Lehrer wirkt hier eher als Berater. Noten gibt es erst in den höheren Klassenstufen, stattdessen werden für jedes Kind Lernentwicklungsberichte erarbeitet. Während quizartiger Spiele wird das Wissen der Kinder abgefragt und so Leistungsdruck und Angst vor Versagen gemildert. Alles dies wäre nicht möglich ohne die ausreichende Betreuung innerhalb des Schulgeländes. Von den Lehrern hängt es dabei wesentlich ab, ob es zu Aggressionsentladungen, also zu Raufereien kommt oder nicht.

Eine Studie, die sich mit Jugendgewalt in Hannover beschäftigt, fand heraus, dass es mehr zu körperlichen Auseinandersetzungen kommt, wenn potentielle Täter das

Solche Ganztagsangebote haben nichts zu tun mit einer „Kinderbewahrungsanstalt mit zwischendurch Suppenküche“.

Gefühl haben, dass die Aufsicht auf dem Schulhof nicht ernst genug betrieben wird. Das „Rather Modell“ der „Hilfen für Schulverweigerer in der Stadt Düsseldorf e.V.“ zeigt auf, dass es wesentlich auf die intensive Betreuung der Lehrer, Sozialpädagogen oder Schulpsychologen ankommt, inwieweit ein Schüler sich mit der Schule verbunden fühlt. Erfolgserlebnisse durch Sportveranstaltungen, aber auch durch angefertigte Hausaufgaben oder kultureller Wettkampfanstaltungen sind wichtig für das Gefühl des Verbundenseins – für das Wir-Gefühl.

Ideen, Projekte und Veranstaltungen zu den angesprochenen Themen gibt es viele. Es bleibt die Frage, ob und wer das alles finanzieren kann – und will.

Wobei wir beim eigentlichen Kern der Sache sind, den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der immer stärkeren Spaltung der Eltern und ihrer Kinder in Arme und Reiche, in Sieger und Verlierer – und der ständigen Angst vieler vorläufig noch Bessergestellter ins Verlierertum abzurutschen. Natürlich kann mit Geld und Zuwendung und einem guten Bildungsprogramm manches gravierende Schulproblem geglättet und für den Einzelnen auch gelöst werden. Aber will das Sachsens Staatsregierung überhaupt? Diese Frage stellt sich – denkt man allein an das Festhalten des 33er Klassenteilers.

Dieser Tage erreichte uns ein Schreiben von Prof. Dr. Klaus Dörre von der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie. Er hatte es ursprünglich an die Redaktion des ZDF-Magazins *frontal21* gesandt, weil er dort gegen seinen Willen als Kronzeuge für eine Position zitiert wurde, die die aktuellen Tarifaussinandersetzungen als „Kampf um Privilegien“ brandmarkt. Da Prof. Dörre an einer Verbreitung seines Briefs interessiert ist und wir davon ausgehen, dass nicht allzu viele Medien (wenn überhaupt) dieses Angebot annehmen, bieten wir unseren Lesern diese – in mehrerer Beziehung hochinteressante – Argumentation im (minimal gekürzten) Wortlaut:

ZDF German Television
Herrn Thomas Reichart
Redakteur Frontal 21

Sehr geehrter Herr Reichart, nachdem ich nun das Manuskript der Frontal21-Sendung eingesehen habe (ich konnte die Sendung leider nicht im Original verfolgen ...), sehe ich mich veranlasst, dazu noch einmal schriftlich Stellung zu nehmen.

Die Hauptbotschaft der Sendung lautet, dass die Gewerkschaften in den aktuellen Tarifaussinandersetzungen nur die Interessen „privilegierter“ Arbeitnehmer verteidigen, während die eigentlichen Schutzbedürftigen außen vor bleiben. Bei aller Kritik, die auch ich an den Gewerkschaften habe, diese Botschaft unterstütze ich nicht! Ich halte sie im Gegenteil für völlig falsch. Darauf habe ich im Übrigen sowohl in unseren Vorgesprächen als auch vor laufender Kamera hingewiesen. Würden die Festangestellten aufhören, ihre Interessen zu verteidigen, so hätten die prekär Beschäftigten davon überhaupt nichts; eher würde die Unsicherheitsdynamik zusätzlich verstärkt. Eine wesentliche Ursache für die Entstehung von „Arbeitnehmern zweiter Klasse“ sind – trotz der schwierigen Finanzsituation übrigens auch im öffentlichen Dienst – simple Kostensenkungsstrategien, die einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Schwächung kollektiver, tariflicher Regelungen und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ... Sie mögen eine andere Sichtweise haben, das ist natürlich legitim. Den journalistischen Zwang zur Zuspitzung in Rechnung gestellt, hätten Sie mich aber nicht für eine Interpretation verein-

Vorwurf der „Privilegienverteidigung“ ist blanker Zynismus

nahmen dürfen, die mit den Ergebnissen meiner Forschungen nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn Sie mich danach gefragt hätten, wäre ich gerne bereit gewesen, Ihnen etwas zu den Arbeitsbedingungen im Montagewerk Rastatt zu sagen, das Sie in Ihrem Beitrag als Beispiel für „Privilegienverteidigung“ anführen. In Rastatt habe ich selbst mehrfach geforscht. Bei meinen

schen aber positive Ansätze. Ich selbst habe unsere Forschungsergebnisse, die auch in der Ihnen bekannten Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung enthalten sind, in den höchsten Führungsgremien von IG Metall und Ver.di vorstellen können. Ich hatte keineswegs den Eindruck, auf taube Ohren zu stoßen. Die von mir angesprochenen

... Wer unter solchen Bedingungen arbeitet, hat guten Grund, jede Pausenregelung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass er das Rentenalter einigermaßen gesund erreicht, ist nicht sehr groß.

letzten Recherchen waren die Bandarbeiter wieder zu Taktzeiten von weniger als einer Minute zurückgekehrt. Teilweise wurde mit dem Rücken zum Fahrzeug und über Kopf gearbeitet, in manchen Bereichen ohne „Mitfahrband“. Wer unter solchen Bedingungen arbeitet, hat guten Grund, jede Pausenregelung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass er das Rentenalter einigermaßen gesund erreicht, ist nicht sehr groß.

Zu den Belastungen der Bandarbeit gesellt sich seit geraumer Zeit die ständige Angst um den Arbeitsplatz, die längst auch die Stammbesellschaften in der Automobilindustrie erreicht hat. Gerade Rastatt ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Grenzen zwischen den „Arbeitnehmern erster Klasse“ und den „Arbeitnehmern zweiter Klasse“ fließend geworden sind. Die Angst vor dem Absturz grassiert längst auch bei Arbeitern und Angestellten, die formal noch in geschützte Beschäftigungsverhältnisse integriert sind. Dazu findet sich in Ihrem Beitrag leider keine Aussage; nicht nur die Arbeiter in Rastatt dürften den Vorwurf der „Privilegienverteidigung“ als blanken Zynismus empfinden.

Zu meiner Kritik, dass die Gewerkschaften der Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse bis heute nicht genügend Beachtung schenken, stehe ich uneingeschränkt. Allerdings hat meine Kritik eine andere Stoßrichtung als Ihr Bericht. Mir geht es darum, dass die Gewerkschaften ihre Organisations- und Konfliktfähigkeit im prekären Bereich deutlich erhöhen. Davon sind sie noch ein gutes Stück entfernt. Es gibt inzwi-

Bornierungen des Gewerkschaftsapparates hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer während eines gemeinsamen Auftritts an der Universität Oldenburg (Anfang 2005) in sehr viel schärferen Worten kritisiert als ich sie gewöhlt habe. Aller Beharrungstendenzen zum Trotz ist seither einiges in Bewegung gekommen. Ich habe Sie vor und während des Interviews darauf hingewiesen. In Vorgesprächen hatte ich Ihnen u. a. Namen genannt, die als Experten kompetent über die Schwierigkeiten der Interessenvertretung von prekär Beschäftigten berichten können. ... Und ich hatte Ihnen Jacky Horn, den IGM-Bevollmächtigten von Ingolstadt, genannt, der sich in meinen Augen geradezu vorbildlich für Leiharbeiter eingesetzt hat. Ich hatte neue Organisationsformen wie den Verein der Wanderarbeiter der Gewerkschaft BAU genannt. Vor allem aber hatte ich die Bedeutung der Mindestlohndebatte angesprochen, in der zumindest einige

Gewerkschaften, darunter Ver.di (und gerade auch der Gewerkschaftsvorsitzende Bsirske), inzwischen eine klarer konturierte Position beziehen. ...

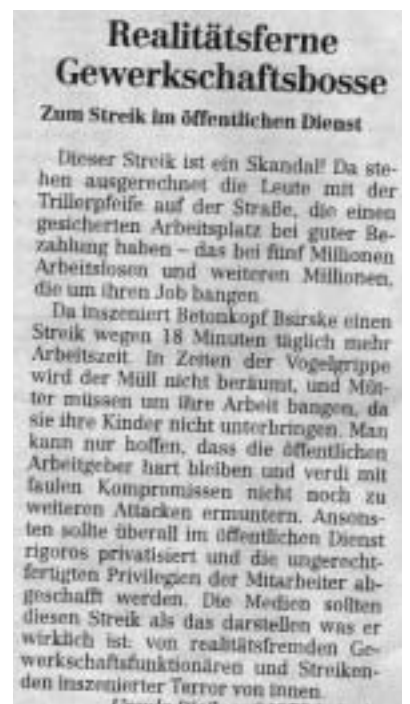
Entscheidender Punkt ist für mich, dass meine kritischen Aussagen in einen problematischen Kontext gerückt wurden. Die Arbeiten meiner Forschergruppe zeigen, dass ständige Unsicherheit und Prekarisierung auch innerhalb der Stammbesellschaften dazu führen, dass Ansprüche an „gute Arbeit“ immer mehr unter Druck geraten. Diese Tendenz halte ich für fatal, weil die „Billiger-statt-besser-Strategien“ Innovationsfaulheit verstärken und bereits jetzt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen schwächen. Wer den Wettbewerb vor allem über Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen führt, muss sich über Produkt- und Prozessinnovationen weniger Gedanken machen! Schon aus diesem Grund halte ich es für wichtig, Ansprüche von Festangestellten nicht dadurch zu delegitimieren, dass man sie mit dem Argument unter Druck setzt, es gehe anderen noch schlechter.

In ihrem Beitrag geschieht jedoch genau das; Ansprüche an ein „normales“ Beschäftigungsverhältnis erscheinen als unzeitgemäßes „Privileg“. Gänzlich unfreiwillig belegt Ihr Beitrag so tatsächlich eine geradezu fatale Wirkung von Prekarisierungsprozessen.

Ich habe mich gefragt, was Journalisten immer wieder zu so überaus harscher Gewerk-

Prof. Dörre:
Ich habe mich gefragt, was Journalisten immer wieder zu so überaus harscher Gewerkschaftsschelte motiviert.

schaftsschelte motiviert. Vielleicht bewirken die prekären Arbeitsbedingungen, die ja auch in der Film- und Fernsehbranche vielfach üblich geworden sind, dass die Beschäftigungsverhältnisse von Stammbesellschaften in Großunternehmen oder im öffentlichen Dienst auch den verantwortlichen Journalisten



Ein in der LVZ am 15. März veröffentlichter Leserbrief, der leider bestätigt, dass Prof. Dörre den Finger auf eine Wunde, von den Medien gern anders interpretierte Stelle legte ...

als ein „privilegiertes Status“ erscheinen. Und vielleicht ist es der eigene Leidensdruck, der nach einem Ventil sucht. Das wäre immerhin eine nachvollziehbare Erklärung. Wie dem auch sei, ich selbst ziehe aus der Angelegenheit jedenfalls den Schluss, dass mehr Vorsicht bei öffentlichen Äußerungen geboten ist. Künftig werde ich mich genauer nach dem Kontext erkundigen, in dem meine Aussagen eingebettet werden sollen. Weil Ihr Beitrag eine brisante, hochaktuelle Problematik angesprochen hat, hoffe ich ein wenig auf die „Dialektik von Intention und Resultat“. Aller kritischen Anmerkungen zum Trotz hat die Sendung vielleicht doch dazu beigetragen, dass die Probleme prekär Beschäftigter stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Sollte das zutreffen, hätte die ganze Sache doch ihr Gutes.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Klaus Dörre



Programm zur Vernichtung des Waldes



Autobahn nach Polen – quer durch die Dübener Heide?

Es wird vermarktet auf Teufel komm raus. Nichts ist vor den Privatisierern mehr sicher. Die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern wird schnellen Profiten für wenige geopfert. So wird immer mehr Gemeineigentum, werden immer mehr Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen nebst Wald und Flur verkauft, mitunter auch veramscht. Das Wort Gemeinnutz wird bald in keinem Duden mehr stehen.

Leipzigs Neue hat wiederholt auch auf die schier kriminellen Folgen der Privatisierung von zahlreichen Flächen der Dübener Heide hingewiesen. Weihnachtsbaumplantagen oder Jagdreviere für ab und an einfliegende Westdeutsche haben nichts mit Hege und Pflege des Waldes zu tun, der uns von unseren Enkeln nur geborgt wurde. Erst recht nicht die flugzeuglandebahntiefen Schneisen für die Kiesgrube Oppin oder den noch dazu unterbenutzte Dessau-Industriepark. Aber da der Schaden für den Naturpark Dübener Heide inzwischen eh schon so unermesslich ist, wachsen dem sachsen-anhaltischen Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) natürlich auch keine grauen Haare, wenn er unverfroren ein weiteres „Vermarktungsziel“ verkündet, die Ost-

West-Autobahn nach Polen, die die Heide „irgendwo bei Gräfenhainichen“ schneiden werde. Im Beisein seines Parteifreundes, des Delitzscher Landrates Michael Czupalla, und unter dessen prompter Zustimmung, wischte er kürzlich bei einem Heide-Besuch jede Kritik an diesem Monsterbau beiseite: „Wir dürfen nicht diskutieren, ob die Straße zehn Kilometer weiter nord- oder südlich gebaut werden soll. Wichtig ist, dass sie überhaupt kommt.“ Zutiefst erschrocken über diese neuerliche Arroganz im Umgang mit diesem für den mitteldeutschen Raum so wertvollen Wald protestierte der versierte Fachmann SIEGFRIED JAHN im Namen vieler Forstleute bei der Landwirtschafts- und Umweltministerin Petra Wernicke von Sachsen-Anhalt. In seinem – bis heute unbeantworteten – Brief (von LN zusammengefasst) heißt es unter anderem:

Viele Forstleute, die nach dem Studium ihr ganzes Leben in der Dübener Heide verbrachten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Bewirtschaftung dieses großen zusammenhängenden Waldkomplexes eingebracht haben, betrachten mit großer Sorge die in den letzten Jahren durchgeführten Reformen. Ein häufiger Wechsel von Reviergrenzen

heißt es.

Verständlich. Aber das Planfeststellungsverfahren des Oberbergamtes Freiberg ist wohl nicht mehr aufzuhalten – und auch formal rechtens. Jedenfalls nach DDR-Recht. Das in diesem Fall als einziges von der Bunderegierung für die neuen Länder übernommen wurde. Unter sozialistischen Bedingungen war das auch in Ordnung. Alle Bodenschätze gehörten dem Volk, Bodenspekulationen und ungerechtfertigter Reichtum waren ausgeschlossen. Unter den nun herrschenden kapitalistischen Bedingungen aber geht das DDR-Gesetz fürs bodenbesitzende Volk nach hinten los, denn Spekulationen und ungerechtfertigter Reichtum sind so erst recht möglich.

Rolf Block, der sich mit einem Brief an LN wandte, nennt diese Einigungsvertragsregelung zum Bergrecht einen „raffinierten Coup“, denn nun gehörten und gehören sämtliche Bodenschätze auf dem Terri-

torium der ehemaligen DDR der Treuhand bzw. deren Nachfolgern. „Und wer meint“, so Rolf Block, „dass die DDR arm an Bodenschätzen war, der irrt gewaltig. Mit den Chemie- und Baurohstoffen (Salze, Kalke, Tone, Kreide, Kies, Steine u. ä.) hat die DDR in aufbereiteter oder teilverarbeiteter Form bis zuletzt hohe Exportgewinne erzielt. Nicht von ungefähr gehörten gleich nach der Wende die hiesigen Bergwerke (Salz, Kohle) Kiesgruben, Zementwerke, Stein- und Tongruben auswärtigen Besitzern. Und nun ist Holzhausen an der Reihe!“ Wie unser Leser zu diesem Deal, bei dem es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein könne, weiter schreibt, werde eine im Branchenbuch Bereich Leipzig nicht auffindbare GmbH auf einer Fläche von etwa 16 Fußballfeldern 30 Jahre lang Ton abbauen. Aber nicht, um ein hiesiges Dachziegelwerk zu beliefern. Produziert wird in Thüringen, 180

und von Förstern unterbricht die wichtige langfristige, fachliche Tätigkeit. Die Begründer der Forstwirtschaft und der forstlichen Lehrstätten würden diesen Reformgeist nicht verstehen. Hier wird ein Waldvernichtungsprogramm angeboten, das die Arbeit vergangener Generationen zerstört und für künftige Generationen negative Wirkungen hätte. Die Privatisierung schuf an vielen Forstorten in der Heide ein neues, ungewohntes Bild. Kahlschläge ohne Aufforstung, zum Teil minder bestockte Flächen und ungepflegte Wälder zeugen davon. Wir müssen uns auf eine verbindliche „Hausordnung“ verständigen. Es müssen Rahmenbedingungen und Gesetze her, wonach alle Forstflächen durch den Revierförster betreut werden. Denn es gibt viele neue Waldbesitzer und selbsternannte Fachleute (überwiegend aus westlichen Bundesländern), die diese Betreuung ablehnen. Folgen davon kann man nahe der Heidegaststätte Ochsenkopf sehen. Wobei: Für gewinnträchtige Weihnachtsbaumkulturen muss nicht Heidewald vernichtet werden, da gibt es andere Trassen. Den Waldzustandsbericht 2005 ernst zu nehmen, heißt auch, den Klimawechsel durch den Anstieg von Kohlendioxid in

Wälder sind mehr als die Summe ihrer Stämme. Wald gibt vielen Arten – Pflanzen und Tieren – Lebensraum und er produziert täglich Sauerstoff. Er hält das Wasser im Boden und ist unverzichtbar als Erholungsraum. Der Wald sorgt für die Stabilisierung des Klimas – und das nicht nur für uns, sondern auch für kommende Generationen.

Allerdings gibt es auch weniger erfreuliche Fakten. Und die nannte schonungslos Oberst Eckard Wiegand, Standortältester und Kommandant des Fliegerhorstes Holzdorf auf einer wirtschaftspolitischen Tagung des Städtebundes „Elbe-Elsteraue“. Zwar freute er sich über das Ansteigen seiner Soldaten bis 2011 von 1000 auf 2000, aber der Fliegerhorst liege ja so weit weg von leistungsfähigen Verkehrsadern ... **Und jetzt kommt's:** Das bereite ganz erhebliche Schwierigkeiten. Zum Beispiel Dienstreisenden, die sich häufig in Wittenberg verfahren und verspätet an ihrem Ziel eintreffen!

Klar, dazu mussten seit je Autobahnen her – damit sich die ins Ungewisse geschickten Soldaten nicht verirren...

der Atmosphäre und die Folgen richtig einzuordnen. Neuer Wald muss also her. (In Deutschland werden täglich über 100 ha vernichtet). Deshalb müssen wir alle geeigneten und verfügbaren Flächen aufforsten. Dieser Prozess kann nicht von einem Büro in Dessau-Haideburg aus gesteuert werden, sondern erfordert ein Forstamt in der Dübener Heide. Tatsächlich aber gab es eine „Strukturreform“ und damit weitere Reviervergrößerungen. Holzeinschläge werden zunehmen, da die gegenwärtigen Holzpreise die erwarteten Gewinngrößen nicht bringen. Nutzung durch Holzerneuerung ist typisch für die Forstwirtschaft. Das aber setzt Walderneuerung und Pflege voraus, um das Gewachsene nach vielen Jahrzehnten wieder nutzen zu können. Sollte dieser Grundsatz keine Beachtung mehr finden, kommt es zu noch chaotischeren Zuständen in unseren Wäldern.

* Und in dieser – höchst unverantwortlich herbeigeführten – Situation träumen „Vermarkter“ und andere Mitläufer von einer waldvernichtenden Blechkarawane auf einer Heide-Autobahn – obwohl eine entlastende B6n längst beschlossen ist und weniger Schaden anrichten wird. • M.W.

Diesmal in Holzhausen:

Programm zur Vernichtung der Flur

Es kommt so harmlos (in einem LVZ-Artikel vom 10. Februar) daher: „Alter Tontagebau wird wieder geöffnet“. Die Unterzeile sagt schon deutlicher, was da passiert: „Lagerstätte Holzhausen soll über 30 Jahre bis zu 50 000 Tonnen Rohstoff liefern / Arbeitsplätze entstehen in Thüringen“. In Holzhausen werde diese Landnahme mit gemischten Gefühlen gesehen,

km entfernt, zwei Kilometer vor der niedersächsischen Grenze. „Da muss wohl noch Gold oder Platin im Holzhausener Ton vermutet worden sein! Oder gab es das Bergrecht für ein ‚Umsonst‘ oder einen verwandtschaftlichen Händedruck mit...? Dafür sollte sich die Arbeitsgruppe INES interessieren, was da im Oberbergamt Freiberg und im Stadtplanungsamt Leipzig entschieden wurde,“ meint Rolf Block. Apropos Thüringen und dort entstehende 40 Arbeitsplätze dank des Holzhausener Tons: Gibt es nicht einen Passus im sächsischen Bergrecht, der es untersagt, Baustoffe wie Ton, Kies oder Sand zu fördern, wenn sie über Landesgrenzen hinaus verarbeitet werden sollen? Was nur logisch wäre, weil das volkswirtschaftlich nicht notwendig ist und ausschließlich den Interessen eines Unternehmers zum Nachteil der hier ansässigen Bevölkerung dient. • M.W.

Auf Spitze: Tschaikowski und Joplin

Drei mal genial“ heißt der neue Ballettabend in der Oper Leipzig mit drei denkbar verschiedenartigen Werken. Er beginnt mit Peter Tschaikowskis vierter Suite „Mozartiana“, vier von Tschaikowski für Orchester eingerichteten Stücken. Bis auf die kurze, lebhaft Gigue sind es gefühlbetonte Sätze, mit denen Tschaikowski durchaus eigene zarte Empfindungen verband, im „Gebiet“ zudem mit jenen des Klavierarrangeurs Franz Liszt. George Balanchine fand dazu wahrhaft bezaubernde Tänze im klassischen Stil. In der Einstudierung Maria Calegaris glänzen Maiko Oishi und Jean-Sébastien mit bewegenden Paartänzen. Rémy Fichet schwebt in der Gigue leichtfüßig durch den Raum. Alla Bykanova, Stéphani Gerbal. Marietta Kro und Lisa Reneau umschwärmen sie mit vier Ballettschülerinnen.

Ganz anders geht es nach der ersten Pause in Arnold Schönbergs Melodrama „Pierrot lunaire“ nach phantastischen Gedichten Albert Girauds in der von Bronwen Curry einstudierten Choreographie Glenn Tetleys zu. Während die Bühne für die

„Mozartiana“ wie ein freundlich ausgeleuchteter Tanzsaal eingerichtet ist, steht hier ein eisernes quadratisches Klettergerüst im düsteren Bühnenraum. Der einsame, als unschuldiger Träumer gekennzeichnete, weiß gekleidete Pierrot (großartig Giovanni Di Palma) bewegt sich angestrengt in ihm, bis seine Aufmerksamkeit von

Von **WERNER WOLF**

Columbina angezogen wird. Zuerst erscheint sie (verblüffend wandlungsfähig Kiyoko Kimura) als Wäscherin, als Matrone und schließlich als raffinierte Hure. Scheinbares Näherkommen verhindert Brighella (beschwörend Jean-Sébastien Colau) als schwarzer Gegenpart, der sich am Ende Pierrots weißes Kostüm überstreift. Sie führen Bewegungen von ungeheurer Spannung und Gespanntheit aus, die auch Artistik einschließen. (Ein Mangel: die von Hendrikje Wagemann gesprochenen Texte sind nicht von allen Plätzen aus verständlich, Technik und Akustik des Opernhaus zeigen sich für eine Sprechstimme voller Tücken.)

Für den dritten Teil des Abends „Elite Syncopations“ nach Ragtimes von Scott Joplin u. a. studierte Julie Lincoln die Choreographie von Kennetz MacMillan ein. In einem schrillen amerikanischen Ballsaal werden nach der Eröffnung mit dem Ballettensemble verschiedenartige Ragtimes virtuos in einer verblüffenden Mischung von klassischen Bewegungen und Tänzen der beiden Ragtime-Jahrzehnte vor und nach 1900 vorgeführt, aus einer Zeit, in der auch Schönbergs beklemmender „Pierrot lunaire“ entstand. Die schon bei Tschaikowskis Mozart eingesetzten Tänzer sind auch wieder dabei und weiter.

Wandlungsfähig wie die Tänzer zeigen sich der Dirigent Lorenzo Barmos, das Gewandhausorchester und Orchestersolisten: klassisch-romantisch bei Tschaikowski, kultiviert kammermusikalisch bei Schönberg und hemdsärmelig zünftig wie eine mitreißende (in Kostümen auf der Bühne postierte) Ragtime-Band. Eine Freude, auch ihnen zuzusehen und natürlich zuhören zu können.



Ist die Zeit der Träume vorbei? (Stephanie Schönfeld, Stefan Schießleder).
Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Heiner Müller ist wieder da

...im Schauspielhaus hinterm Eisernen Vorhang. Lampenladen statt Himmelslicht - die Kulisse für Müllers vielschichtige Adaption des Romans „Zement“ vom sowjetischen Schriftsteller Fjodor Gladkow. Mit dieser Auftragsarbeit für das Berliner Ensemble (Uraufführung 1973) wurde die Rehabilitation Müllers als Dramatiker, der sich an Brechts Lehrstücken orientierte und das didaktische Theater vertrat, in der DDR eingeleitet. Die schweren Jahre nach der Oktoberrevolution bilden das Baumaterial. Verschraubt mit Rückgriffen auf die griechische Mythologie entsteht ein angenehm irritierendes Gebäude aus Weltschmerz, Liebe, Verrat, Treue und Revolution, aber auch aus Zurückbleiben, Rache, Fanatismus, Gewalt und Tod. Gleb, Schlosser und Regimentskommissar, kehrt in seine Heimat zurück. Das Zementwerk ist eine Trümmerwüste, seine Ehe mit Dascha ein Scherbenhaufen. Hier soll Neues entstehen. Regisseurin Konstanze Lauterbach gelingt es, trotz Zeitenstaub, die Konflikte sichtbar und zugleich fühlbar auf die Bühne zu bringen und damit Diskussionen neu zu entfachen, die nach 1989 scheinbar erstickt worden sind. Das Paar des Abends: Stephanie Schönfeld als Dascha, temporeich, kraftvoll, an die Grenzen gehend, und Stefan Schießleder als Gleb, immer fordernd, produktiv unruhig, unendlich optimistisch.

• D. M.

Sehenswert im Bachmuseum

Eigentlich müsste die kleine Exposition nicht „Von Bach zu Mozart“ heißen, sondern genauer „Von den Bachs zu Mozart“, dokumentiert sie doch vielfältige Begegnungen Mozarts mit der Bachfamilie. Zu erwähnen sind da Johann Sebastian, Johann Christian und Carl Philipp Emanuel.

In drei chronologische Bereiche ist die Sonderschau gegliedert, die das Bachmuseum gemeinsam mit dem Museum für Musikinstrumente der Leipziger Universität präsentiert: „Folgenreiche Begegnung in London“ thematisiert ein

Treffen des achtjährigen Mozart mit Johann Christian Bach, das den jüngeren, wie einem Brief von Mozarts Schwester Nannerl zu entnehmen ist, stark beeindruckte. Interessant ist auch der Teil der Exposition „Mozart in Leipzig“. Er dokumentiert Besuche des Komponisten im Frühjahr 1789, bei denen er u. a. auf der Orgel der Thomaskirche spielte und im Gewandhaus dirigierte. Im Thomaskirchhof ist noch bis Mitte September Gelegenheit, Interessantes und Einmaliges zu sehen und zu hören. Wer dabei geführt werden möchte, sollte sich die Termine Freitag 15 Uhr, Sonnabend 14 Uhr sowie Sonntag 11 Uhr und 15 Uhr vormerken. Ab Mai werden auch Originalhandschriften gezeigt.

• H. G.

Es war ein Abend, da stellte sich nicht die Frage: Was passiert mit meinen Fernsehgebühren? Denn ich fühlte mich gut und vor allem hintergründig informiert. Zunächst bei „Monitor“ und Sonia Mickich. Ihre Truppe hatte sich diesmal die Rentendebatten und neuesten Horror-Rechnungen der BILD-Zeitung vorgenommen. Erste Erkenntnis (so neu ist die nicht), da wurden Leute mit Foto und Namen einfach falsch zitiert. Na gut: Das ahnt man doch. Danach drang ein Redakteur zu Bernd Raffelhüschen in die Uni Freiburg vor. Das ist jener Ökonomieprofessor, ohne den seit Monaten kein Talk über die Rente auszukommen glaubt. Und dieser kluge Mann, dem die Prophezeiungen in dieser Hinsicht niemals ausgehen, verweigert plötzlich eine Antwort. Grund: der Monitor-Reporter fragte nach Herrn Professors Aufsichtsratsposten und Beratertätigkeiten für diverse private Rentenversicherungen. Der Fernsehzuschauer nimmt es zur Kenntnis und denkt sich garantiert seinen Teil. Im nächsten Monitor-Beitrag ging es um sozial verwahrloste Jugendliche.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Wahrheiten

Von **MICHAEL ZOCK**

Kaum in der Lage sich zu artikulieren. Dafür einen Achtstundentag vor dem Computer. Kaum Zeit für Essen und Trinken. Nur virtuelles Hauen und Stechen. Null Bock auf anderes.

Einen verhängnisvollen Ausweg aus dieser Einbahnstraße zeigte am gleichen späten Abend die Dokumentation: *Der Feind im Haus*. Die Autorin Nicola Graef beschrieb die familiäre Situation „wenn aus Kindern Nazis werden“. Bilder aus zwei betroffenen und verzweiferten Familien, die unter die Haut gingen. Zunächst ist der Filmemacherin wirklich Respekt zu zollen, dass es gelang, die Eltern und die Jugendlichen (Robin 15 Jahre/David 21 Jahre) vor die Kamera zu

bekommen. Ersterer nach wie vor überzeugt. Letzterer inzwischen ausgestiegen. Ich glaube, es gab keinen Zuschauer, dem die Ratlosigkeit und die Tränen der Mutter, um den ihr immer fremder werdenden 15-Jährigen nicht nahe gingen. Schließlich findet die Verzweifelte Rat bei anderen, ebenfalls betroffenen Eltern. Zunächst heißt das: Trennung vom Sohn. Er geht in eine betreute WG.

Schockierend die Texte eingeblendeter CDs, deren Zitieren ich mir an dieser Stelle bewusst ersparen möchte. Bewunderswert die Ausdauer eines engagierten Vaters, der seinem 21-Jährigen Sohn jetzt jede Unterstützung beim Szeneausstieg gibt. Bedrohlich die angekündigte Rache derselben. Sie haben diese Dokumentation nicht gesehen? Vielleicht lag es daran: Sie begann kurz vor Mitternacht und endete in der ersten Stunde des neuen Tages. Dafür „pilawerte“ nach der Tagesschau der Jörg wieder eineinhalb Stunden lang über Nichtigkeiten. Dass übrigens Monitor nur noch dreißig Minuten kurz ist, auch daran will ich mich einfach nicht gewöhnen.

**Man soll ins Theater gehen
mit dem Drang, sein Leben,
die Menschen um sich,
ihre Schicksale anzuschauen
als ein Fremdes
und doch das Seine.**

Ernst Thälmann
An Irma, vermutlich 1934

Die Entwicklung des Grenzregimes der DDR war eine Frucht der Eskalation deutsch-deutscher Beziehungen im Kalten Krieg. Auch die Errichtung der „Mauer“ 1961 und todbringende Minensperren in späteren Jahren gehörten dazu.

Auf beiden Seiten der „Nahtstelle“ zwischen zwei feindlich gegenüber stehenden Machtblöcken herrschte ein paranoides Denken. UdSSR- und DDR-Eliten lebten in der Furcht vor einer Wiedergeburt des Faschismus in Westdeutschland. Die so gedeuteten Ereignisse des 17. Juni 1953 wirkten bis 1989 nach. Die genaue Kenntnis der US-amerikanischen Strategie des roll-back und des präventiven Kernwaffenschlags, verbunden mit dem Ausbau der BRD zur Operationsbasis, ließ keinen Platz für Zweifel an der Aggressivität der NATO. Diese wiederum resultierte aus einer Furcht vor einem Angriff der Armeen des Warschauer Pakts aus dem Osten.

Die Bundesregierung hatte an den Grenzen zu DDR und CSR 1951 den Bundesgrenzschutz geschaffen, als eine von ehemaligen Nazioffizieren geführte, militärisch strukturierte und mit den Nachrichtendiensten der Besatzungsmächte und der BRD eng verzahnte Truppe. In seinem Rücken standen vorgeschobene bewegliche Verbände der Nato-Armeen.

Der Autor gehört zu den Ersten, die die Genesis des Grenzregimes der DDR in diesem Kontext untersucht. DDR und CSR errichteten 1952 eine Sperrzone mit Schutz- und Kontrollstreifen. Die Grenzsicherung der DDR unterstand anfangs dem Ministerium für Staatssicherheit, wurde aber nach dem 17. Juni 1953 seiner Verantwortung entzogen. Allerdings unterhielt das MfS permanent eigene Strukturen im Grenzregime.

Gesichert in den Untergang

Sie bestanden auch fort, als mit dem 13. August 1961 und dem Mauerbau die Grenzsicherung dem Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR zugeordnet und die Grenzpolizei in die Grenztruppe der NVA umgewandelt wurde.

Die Grenzsicherung zur BRD und Westberlin wurde seitdem zu einem tief gestaffelten System ausgebaut, in das Teile des zuweilen dicht besiedelten Hinterlands einbezogen waren. Bevölkerung und Arbeitskräfte in Betrieben unterlagen mancher Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Im vorderen Grenzstreifen kamen sowohl Erdminen als auch die Personenmine SM 70 zum Einsatz. Das Durchbrechen der Grenze war also nur unter Todesgefahr möglich. In den 60er Jahren wurde das MfS im Rahmen der Grenztruppen zu einer autonomen Institution. Die hohe Perfektion seiner Einflussnahme und „vorbeugenden Feindaufklärung“ vermochte die Wirksamkeit der Grenzsicherung zwar zu erhöhen, konnte das Ende aber nicht verhindern.

Seit den 70er Jahren folgte die Grenzsicherung der DDR langsam dem KSZE-Prozess und folglich auch dem Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR. Die Grenztruppe hatte nach wie vor den Befehl,

gegenüber Grenzverletzern „rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen“. Der Beitritt der DDR zur internationalen Minenkonvention brachte die Verpflichtung zum Abbau der Minensperren. Sie gaben ohnehin nicht mehr das her, was man von ihnen erwartet hatte. Erich Honecker erklärte zum 4. Juni 1984 sein Einverständnis, die Minen noch bis Jahresende abzubauen. Die gleichzeitige Errichtung eines neuen Sperrzauns, ausgerüstet mit elektronischer Signalanlage und gegen Personen gerichtete todbringende Lasertechnik konnte nicht mehr realisiert werden, denn Forschung und Wirtschaft fehlte dazu die nötige Motivation, Energie und Leistungsfähigkeit.

Immerhin konnten bis 1990 mehr als 90 Prozent aller versuchten Grenzdurchbrüche verhindert werden. Nahezu undurchdringlich blieben die Grenzanlagen für Provokations- und Angriffsversuche aus dem Territorium der BRD und Westberlins.

Der Tagesablauf eines Grenzers hatte unter diesen Bedingungen seine Besonderheiten. Er unterlag einer ständigen physischen, ideologischen und psychischen Belastung. Wie überall im Militärwesen stumpfte Dienst nach Vorschrift ab. Der Ernst der Sache bestand in der Verantwortung des Grenzsoldaten im Falle des Schusswaffengebrauchs und in der latenten eigenen Gefährdung von Leib und Leben. Das Ende der DDR bedeutete auch das Ende ihrer bis dahin nahezu reibungslos funktionierenden Grenztruppen. Der Text ist gut fundiert, lesenswert und macht nachdenklich.

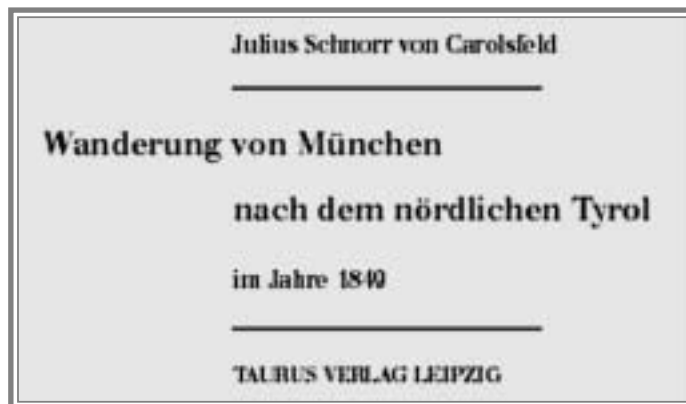
• **KARL NUB**

Hendrik Thoß: *Gesichert in den Untergang. Die Geschichte der DDR-Westgrenze.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, 510 Seiten, 29,90 Euro

Novität und Rarität

Julius Schnorr von Carolsfeld ist einem großen Publikum vor allem durch seine „Bibel in Bildern“ bekannt. Seine Tagebücher – bis heute nur teilweise veröffentlicht – und seine Schriften begleiten die künstlerischen wie historischen Prozesse des 19. Jahrhunderts aus der Perspektive eines Künstlers. Der vorliegende Band ist eine Erstveröffentlichung des sehr privaten und ebenso reizvollen wie informativen Prosatextes nach der Handschrift.

Otto Werner Förster und Volker Külow gaben die „Wanderungen von München nach dem nördlichen Tyrol im Jahre 1849“ mit grafischen Motiven nach der „Bibel in Bildern“ heraus. (Taurus Verlag Leipzig, 2006, 60 S., geb., farbiger Hardcoverband, 300 num. Exemplare, 29,90 Euro)



Teilnehmer am 1. Weltkrieg leben nicht mehr. Desto größer ist unser Interesse an den seltenen Tagebuchaufzeichnungen, geführt im dreckigen Schützengraben, zum Teil 30 Meter und noch weniger vom Feind entfernt, in mit Angst angefüllten Feuerpausen, im verlausten Quartier, im Zug während nicht enden wollenden Bahnfahrten oder sonst irgendwo. Arno Rudloff hat es hinterlassen, sein Enkel Michael Rudloff hat es in ehrendem Gedenken an seinen Großvater herausgegeben. Ihm zur Seite stand die Journalistin Cornelia Heller.

Der junge Buchhändler Arno Rudloff aus Gera-Reuss war gerade 18 Jahre alt, als er am 11. März 1916 zum 1. Ersatz-Bataillon Infanterie-Regiment 96 / 2. Rekrutendepot eingezogen, zur 6. Kompanie versetzt und als Coburg-Gothaischer Staatsangehöriger erstens auf Wilhelm II. als obersten Kriegsherrn, zweitens auf Heinrich XXVII als Inhaber

In den Schützengräben des ersten Weltkriegs

des 2. Bataillons und drittens auf Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha, seinen Landesfürsten vereidigt wird. Rudloff, der nicht unter Humorlosigkeit litt, schreibt darüber: „Als ich im Dezember 1918 nach Hause kam, waren die drei fahnenflüchtig und ich saß da mit meinen Eichen.“ Der kriegerische Soldaten-Alltag mit dem Tod vor den Augen wird detailliert geschildert, oft, wie gesagt, mit einem Schuss trockenem Humor. Rudloff war kein Pazifist, sein Tagebuch kein Antikriegsbuch. „Uns überwältigt“, heißt es dazu im Vorwort, „seine Menschlichkeit, sein unverstellter Blick auf seine Kameraden, seine Vorgesetzten und seine Achtung gegenüber jenen, die ihm im Schützengraben gegenüber liegen.“

Unter dem 14. November 1918, einem Ruhetag, lesen wir: „Wählen auf Befehl einen Soldatenrat, dessen Vorsitzender ich werde. Auf Befehl wird übermäßige Munition vernichtet und es werden die Stahlhelme weggeworfen.“ Am 20. November, so ist vermerkt, tagt der Soldatenrat mit dem Regimentskommandeur. „Schließen uns nach endloser Aussprache“, notiert der Chronist, „durch Mehrheitsbeschluss der Regierung Ebert-Scheidemann an.“

Während seines Urlaubs im Dezember 1918 stellt er erschüttert fest, dass fast die Hälfte seiner Kindheitskameraden gefallen sind.

Am 9. Januar 1919 wird Rudloff entlassen. Mit diesem Tag ist das Königlich-Preußische Reserve-

Infanterie-Regiment 254 aufgelöst. Die noch nicht zur Entlassung kommenden Jahrgänge 1898/99 werden an das Infanterie-Regiment 167 überwiesen. Das Tagebuch endet am 9. Januar 1919 mit an einen Gedankenfeldtext angelehnten Worten. Sie besagen, dass vom Reserve-Infanterie-Regiment 234 in Flandern, in der Picardie, in der Champagne, vor Verdun und Soissons 88 Offiziere und 1925 Unteroffiziere und Mannschaften fielen und über 14 500 verwundet wurden. Noch glaubt er, dass sie für das Vaterland gefallen sind – doch wie lange wird er das noch glauben?

• **KURT SCHNEIDER**

Arno Rudloff: *Wo andere toben, da musst du singen. Tagebuchaufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg.* Hrsg. von Michael Rudloff. Anderbeck Verlag 2006. 144 S., zahlr. s/w Abb., 9,80 Euro

Arbeit aus, Politik am Ende?

Schon im Vorwort markiert der SPD-Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn, Grenzen, innerhalb derer das Buch des Mathematikers, Kirchenfunktionärs und ehemaligen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner Lösungen sucht: „Doch müssen wir uns von dem Gedanken verabschieden, dass die Politik in der Lage wäre, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen.“

Die Stärke von Höppners Buch besteht in der gnadenlos offenen Problembeschreibung: Überschreiten der 5-Millionen-Grenze bei Arbeitslosen, verlorener Glaube an eine Umkehr. Die Schwäche: die Lösung komme nicht von oben, sie müsse von unten wachsen, habe viel zu tun mit der Veränderung von Mentalitäten und Lebensstilen.

Nach einem Blick in die Geschichte wird Arbeit zunächst in ihren Bezügen zum Menschen betrachtet: Existenzsicherung, Quelle der Anerkennung, Arbeit und soziale Beziehungen usw.

Dann wird erörtert, was das Arbeitsvolumen verringert: steigende Produktivität, Verlagerung von Arbeit in andere Regionen – und was es steigert: mehr „öffentliche Güter“ wie Bildung, Umweltschutz, soziale Leistungen u. a., finanziert aus Steuern und Abgaben. Die Feststellung aber, wirtschaftlich Starke müssten hier mehr tragen als Schwache, bleibt allgemein. Beim Thema gerechte Teilung von Arbeit formuliert Höppner als Leitlinie: „Zeitgewinn (Arbeitszeitreduzierung) statt Lohnzuwachs“, vermeidet dabei aber die Polemik gegen das genau diametrale Kapitalstreben.

Er untersucht kritisch neoliberales Deregulierungsstreben und ungeeignete Wege zur Eindämmung von Erwerbslosigkeit (1-Euro-Job, Ich-AG), doch eigene Lösungsansätze bewegen sich nur auf Nebenstrecken.

Ein interessanter Gedanke hätte, weitergedacht, das Tor zu realen Wegen aus der Misere aufstoßen können: „Könnte die nachlassende Binnennachfrage nicht auch ein Zeichen dafür sein, dass wir die vielen angebotenen Produkte in den Läden nicht wirklich brauchen?“ Doch im Schlusskapitel domiert Pessimismus: „Wir leben in einer visionslosen Zeit“ – zunehmend gebrochene Erwerbsbiografien, (Wechsel von Phasen abhängiger Beschäftigung, Selbständigkeit und Arbeitslosigkeit), befristete Arbeitsverhältnisse, familienfeindliche Arbeitswelt, hohe Ansprüche an Flexibilität. Vorgesetzte Regeln für die Politik, in diesem Wandel Sicherheiten herzustellen, wirken wenig aussichtsreich.

• **G. L.**

Reinhard Höppner: *Arbeit aus, alles aus? Politik am Ende der Arbeitsgesellschaft.* Anderbeck Verl. 2005. 152 S., 9,80 Euro

KALENDERBLATT

Vor 40 Jahren verstorben

August Bach

Als Otto Nuschke, der langjährige Vorsitzende der CDU, am 27. Dezember 1957 verstarb, versprach das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU in seinem Nachruf, „sein Werk in seinem Geist fortzuführen“. Diese Aufgabe oblag in besonderem Maße August Bach, der am 27. März 1958 vom Hauptvorstand der CDU mit dem Parteivorsitz beauftragt und auf dem 9. Parteitag (1958) zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde.

August Bach, geboren am 20. August 1897, hatte nach seinem Kriegsdienst Germanistik und Geschichte studiert. 1945 war er Mitbegründer des CDU-Landesverbandes Thüringen und ab Mai 1946 Chefredakteur des *Thüringer Tageblatt*. Zugleich fungierte er von 1948-1966 als Präsident der „Deutschen Schillerstiftung“. Er gehörte ab 7. Oktober 1949 bis 1955 der Volkskammer der DDR an, in der er bis 1955 den Vorsitz der Fraktion seiner Partei ausübte. Danach war er bis 1958 Präsident der Länderkammer der DDR.

Die äußerst konfliktreiche innerparteiliche Entwicklung der CDU hatte nach den deutschen Staatsgründungen und unter den Bedingungen des Kalten Krieges sowie des immer deutlicher werdenden Kurses der SED, den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus – verstanden als Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ – zu vollziehen, eine weitere Zuspitzung erfahren. In dieser komplizierten Situation übernahm August Bach im Juni 1950 den Vorsitz des CDU-Landesverbandes Thüringen, den er bis Juli 1952 ausübte. Im Oktober 1952 wurde er Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU. In dieser Funktion hatte er an der Seite von Otto Nuschke wesentlichen Anteil an der schwierigen Entwicklung der CDU von einer kleinbürgerlich-demokratischen Partei zu einer Partei sozialistischer Werktätiger religiösen Glaubens. Als Vorsitzender der CDU wirkte er ehrlichen Herzens für den Sieg und die Ausformung des Sozialismus in der DDR.

Bach war im Sinne von Otto Nuschke bestrebt, hierfür, bei Beachtung weltanschaulicher Unterschiede, das politische Bündnis von Christen und Marxisten weiter auszuprägen.

Am 23.03.1966 verstarb August Bach. Im Nachruf auf den Vorsitzenden der Partei hob das Präsidium des Hauptvorstandes hervor: „August Bach ... hatte erkannt, dass die Voraussetzung für Frieden und Glück der Völker in der Schaffung einer gerechten, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung besteht. In dieser Erkenntnis hat er seine ganze Schaffenskraft für den Aufbau des Sozialismus zur Verfügung gestellt.“

• KURT SCHNEIDER

Wenn sich auch die überwältigende Mehrheit von KPD und SPD zur Einheit der Arbeiterbewegung bekannte, so gab es doch auf dem Wege zu ihr viele programmatische und organisatorische Fragen zu klären, wozu offene und ehrliche Diskussionen zu führen waren. Übereinkünfte zwischen den Führungen beider Parteien waren erforderlich, doch die Einheit war letztlich nur dann möglich, wenn sie sich auf demokratische Art und Weise von unten nach oben vollzog. Dieser Entwicklung versuchte das sogenannte Büro Schumacher in Hannover Widerstand entgegen zu setzen, was auch in Leipzig, einem Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung, spürbar war, aber im folgenden nur angedeutet werden kann.

AM 7. FEBRUAR 1946 sprach Otto Buchwitz, der Vorsitzende der SPD-Landesleitung Sachsen, auf einer SPD-Delegiertenkonferenz für Leipzig Stadt und Land zum Thema „Wie kommen wir zur Einheit?“ Über diese Tagung, die in den Köllmann-Werken stattfand und an der etwa 1500 Funktionäre teilnahmen, schrieb Otto Buchwitz: „Ich ging aufs Ganze, ganz offen forderte ich diejenigen auf, zu reden und ihre Argumente vorzubringen, die gegen die Einheit der Arbeiterklasse seien ... Keiner der Oppositionellen wagte gegen die Einheit zu sprechen: Was sie vorbrachten, erstreckte sich nur auf die Forderung, dass es in der zu schaffenden Einheitspartei für Mitglieder der SPD keine Zurücksetzung geben dürfte. Das war für mich selbstverständlich.“ Mit nur 9 Gegenstimmen wurde die Resolution angenommen, in der es u. a. hieß: Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ist kräftig vorwärts zu treiben.“

AM 13. FEBRUAR 1946 beschlossen in Leipzig KPD und

Vereinigung von KPD und SPD von unten nach oben

Am 31. März 1946 vereinigten sich in Leipzig beide Arbeiterparteien zur SED

SPD – entsprechend einer Vereinbarung auf Landesebene – ein Einheitsbüro zu schaffen, das aus je vier Vertretern der Parteien besteht. Gleichzeitig wurden zur Vorbereitung einer baldigen Vereinigung Kommissionen mit fünf Vertretern jeder Partei gebildet. Ebenso wurden von nun an allorts die Leitungssitzungen gemeinsam durchgeführt.

Die Entwicklung der Herstellung der Einheit von unten nach oben erhielt weiteren Auftrieb durch die zweite gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des PV der SPD (zweite sechziger Konferenz) am **26. FEBRUAR 1946 IN BERLIN**, auf der die Entwürfe der Grundsätze und Ziele, des Organisationsbeschlusses und des Statuts der Einheitspartei beschlossen wurden. Innerhalb weniger Tage fanden dazu im Bezirk Leipzig 1309 Versammlungen mit 17 852 Teilnehmern statt.

AM 27. MÄRZ 1946 trat Otto Grotewohl im Leipziger „Capitol“ vor 2000 Funktionären der SPD auf. Er charakterisierte die Lage in Deutschland, begründete die Ziele der zu schaffenden Einheitspartei und setzte sich mit Argumenten der Einheitsgegner auseinander. In einer einmütig angenommenen Ent-

schließung wurde die Fortsetzung des beschrittenen Weges auf der Grundlage der vorliegenden Dokumente bekräftigt.

AM 30. MÄRZ 1946 tagten gleichzeitig die Konferenzen beider Leipziger Parteiorganisationen. Der Kreisparteitag der KPD fand im „Elstertal“ statt, auf dem sich alle Redner zur Schaffung der Einheitspartei bekannten. Der Bezirksparteitag der SPD trat im „Felsenkeller“ zusammen. In der Diskussion traten einige Redner der SPD gegen den vorgeschlagenen organisatorischen Aufbau, gegen Zentralisation und Betriebsgruppen auf. Sie forderten, dass der Statutenentwurf zugunsten der Ortsgruppen verändert wird. Mit Gegenstimmen bekannte sich die übergroße Mehrheit der Delegierten zur Vereinigung auf der Basis der vorgelegten und erörterten Dokumente.

Am Tag darauf, am **31. MÄRZ 1946**, kamen 1600 Delegierte von KPD und SPD im „Capitol“ zusammen. Mit einer Gegenstimme wird auf lokaler Ebene die Vereinigung beider Parteien beschlossen. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Bezirksvorstandes Westsachsen wurden Ernst Lohagen und Stanislaw Trabalski gewählt. Anschließend gaben sich die Delegier-

ten zum Markt, auf dem, einem Aufruf beider Parteien folgend, über 100 000 Menschen anlässlich dieses Ereignisses zusammengeströmt waren. Ernst Lohagen und Wilhelm Koenen erklärten gemeinsam in der *Sächsischen Volkszeitung*, dass die Vereinigung von historischer Bedeutung ist, weil er den „Grundstein für eine bessere Zukunft unseres deutschen Volkes“ gelegt habe. „In diesem

Sinne drücken wir unsere Hände und geloben, mit gemeinsamer Kraft weiterzuarbeiten für unsere Klasse, für unser Volk.“

Der Einheitspartei gehören zu diesem Zeitpunkt in Leipzig Stadt und Land 62 127 Mitglieder an, davon ehemals 26 222 KPD- und 35 905 SPD-Mitglieder.

AM 7. APRIL 1946 beschließen 1200 Delegierte im Auftrage von über 400 000 Mitglieder beider Parteien im Kurhaus in Dresden-Bühlau den Zusammenschluss zur SED im Land Sachsen. Am gleichen Tag wird auch in der Provinz Sachsen, in Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg die Gründung der SED vollzogen.

Eine schwierige Wegstrecke war erfolgreich zurückgelegt. Der Weg zur Gründung der SED in der sowjetischen Besatzungszone war freigelegt. Für Menschen wie Otto Buchwitz war es, wie er in seinem Buch „Brüder, in eins nun die Hände“ schrieb, „die unvergesslichste Entschädigung für alle enttäuschenden und bitteren Erlebnisse“ in seinem kampferfüllten Leben. Und für die Jungen an der Seite der Alten tat sich eine hoffnungsvolle Sicht auf das vor ihnen liegende Leben auf. Eine Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes schien sich zu vollziehen. Voller Erwartung wurde dem Vereinigungsparteitag in Berlin am 21. und 22. April 1946 entgegengefiebert.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (38)

Als am 1. August 1945 die ersten Straßen in Leipzig nach Opfern des NS-Regimes benannt wurden, da gehörte zu ihnen auch der Leipziger Nazigeegner Arthur Hausmann. Die umbenannte Straße in Eutritzsch war die Oranienbaumer Straße, in deren Nummer 10 er einst mit seiner Familie gewohnt hatte.

Er wurde am 20. Februar 1903 in Möckern geboren. Hier besuchte er auch die Volksschule und erlernte nach Beendigung der Schule den Beruf des Fleischers. Der politisch aufgeschlossene junge Mann trat 1923 der KPD bei. Hier engagierte er sich besonders in der Roten Hilfe und anderen der KPD nahe stehenden Organisationen. Zwar wurde er nie einer der herausragenden Funktionäre, doch er setzte seine ganze Kraft für die Interessen der Arbeiter und im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus in Deutschland ein. 1931 heiratete er seine Le-

bensgefährtin Elsa Dürigen, die ihm im November 1938 einen Sohn schenkte.

Als 1933 die Nazis ihr Terrorregime errichteten, wurde Arthur Hausmann verhaftet. Er kam jedoch nicht in eines der „Schutzhaftla-

Arthur-Hausmann-Straße

ger“, sondern gegen ihn und einige seiner Freunde wurde ein Prozess eröffnet. Arthur Hausmann wurde 1934 vom Oberlandesgericht Dresden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Diese saß er im Zuchthaus Waldheim ab.

Während viele Mithäftlinge nach der Haftentlassung in KZ überwiesen wurden,

konnte er zu seiner Familie zurückkehren und wurde mit Kriegsbeginn gegen seinen Willen zur Wehrmacht eingezogen. Er wurde Soldat im Leipziger Infanterieregiment 11 und zog mit ihm in den Krieg gegen die Sowjetunion. Über seine Dienstzeit ist uns nichts bekannt, doch Arthur Hausmann dürfte auch hier seiner politischen Überzeugung, seinem Hass auf den Krieg nicht untreu geworden zu sein. Während das Regiment nach Rückzugskämpfen bei Roslawl, südlich von Smolensk, in Verteidigungsgefechten sich festzusetzen versuchte, wurde er am 17. August 1943 verhaftet und vor das Gericht der 14. Infanteriedivision gestellt. Dieses verurteilte ihn wegen versuchter Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung zum Tode. Bereits am 9. September 1943 stand er bei Krassnyi Cholm vor dem Erschießungskommando.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich hatte mein Thema längst ausgesucht, als mir prompt ein ganz anderes in die Quere kam. Nun muss ich mich also einschränken und versuchen, beide abzuhandeln. Das jüngste spielt in München und war in den meisten Medien mit einem Foto dekoriert, das den Bayern-Manager Uli Hoeness in der Pose eines Schwergewichtsboxers zeigte, der nur auf das Kommando „Ring frei!“ wartet, um seine Fäuste fliegen lassen zu können. Eine Millionenklage hat er in die Wege geleitet, ließ er die Journalisten wissen und vor der Fernsehkamera hatte er Mühe seiner Empörung Herr zu werden, als er von einem bayerischen Boulevardblatt forderte, auf der Stelle eine Falschmeldung zu korrigieren und die Wahrheit zu verbreiten. Die Wahrheit sei: Sein Star Bastian Schweinsteiger habe nie auch nur das Geringste mit einem Wettskandal zu tun gehabt, der angeblich jetzt aufgedeckt wurde.

LEIPZIGS NEUE versichert durch mich, dass die Zeitung nie auf die Idee kommen würde, ähnliches zu verbreiten. Die Zeitung ist sogar bereit, Herrn Hoeness Glauben zu schenken und gibt ihm Recht, dass Lügen in den Medien nicht verbreitet werden sollten. Allerdings nicht nur im Fall von angeblicher Beteiligung an Wettskandalen, sondern generell. In Leipzig und Umgebung findet sich nämlich mancher, dem man zum Beispiel zu Unrecht nachsagte, er habe als „IM“ gegen Gesetze verstoßen – ja, das gilt auch für Fußballspieler und Fußballtrainer, wie man sich mühelos erinnert – und denen leider niemand beisprang. Oder können Sie sich an einen Fall erinnern, da jemand an die Medien appelliert hätte, auch in dieser Frage gewissenhaft zu prüfen, wie es um die Wahrheit dieser Vorwürfe steht?

Hoeness hat Recht, der Ruf des Bastian Schweinstei-

ger ist ins Zwielicht geraten und er hat auch Recht, wenn er fordert, dass dies nicht zugelassen werden sollte. Aber: Bittschön, nicht nur beim Wetten!

Man mag mir vorwerfen, dass das eine mit anderem doch wenig zu tun habe, aber ich halte dagegen: Für mich sehr viel, nämlich die Achtung vor der Wahrheit und der Respekt vor dem Ruf eines Menschen. Den zu ruinieren hält Hoeness für unzulässig! Wir auch! Aber in jedem Fall!

Nun zu meinem nächsten Thema. Im bundesdeutschen Sport tobt seit langem ein Machtkampf. Der in Kürze die öffentliche Bühne verlassende DSB-Präsident Richthofen sah lange sein

wäre, dass jeder dort Studierende jeden Tag an den Mann erinnert wird, der nicht nur das „Olympia“ streichen ließ, sondern auch die absurde Behauptung formulierte: *Der Krieg gehört zum Mann wie die Schwangerschaft zur Frau.*

Schluss mit der Erinnerung an Diem, jetzt geht es darum, wer in der neuen deutschen Sportzentrale auf der Kommandobrücke stehen soll. Hinter den Kulissen gab es ein beträchtliches Gerangel, aber nun hat man sich auf einen Herrn Bach geeinigt, der sich rühmen darf, mal mit der Florett-Mannschaft Olympiasieger gewesen zu sein und just im Internationalen Olympischen Komitee wieder zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Neben seiner sportlichen Laufbahn ist

auch seine berufliche spektakulär und zeugt von enormer Vielseitigkeit: 1985 wurde er bei *adidas* (Sportartikel) Direktor für Internationale Beziehungen (möglicherweise, weil er internationale Beziehungen hatte), 1988 wechselte er in die Politik und wurde Koordinator des mittelständischen Beraterkreises beim Bundesministerium für Wirtschaft,

1998 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Michael Weinig AG (Maschinen), 2000 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Weinig International AG (auch Maschinen), dann Mitglied des Verwaltungsrates der Siemens Schweiz AG und 2002 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Wall AG.

Und warum sollte er da nicht auch noch Vorsitzender des Aufsichtsrates des deutschen Sports werden? Ich sehe keinen Grund. Und sollten sie mich fragen wollen, wer denn sonst noch auf der Liste der Kandidaten stand, antworte ich ihnen als erstes: Kein Ossi! Und wenn sie mich fragen sollten, warum denn ein Ossi hätte wenigstens angemeldet werden sollen, antworte ich ihnen: Vielleicht, weil die Ossi in Turin bei den Olympischen Winterspielen 65 Prozent der Goldmedaillen geholt hatten und auch 62 Prozent der Silbermedaillen. Nur bei Bronze mussten sich die Ossi mit 33 Prozent trösten. Sie dürften es getan haben.

Zurück zur Personalfrage: Niemand hatte sich im Osten wenigstens mal umgehört, ob da nicht vielleicht ein Kandidat. Nein, wirklich, in jener Gegend sind die Aufsichtsräte rar.

Sportkolumne

Die Wahrheit und die Aufsichtsräte

Ziel darin, die Teilung der Macht zwischen DSB und NOK zu beenden und eine vereinte Führung zu schaffen. Es gab viele, die dagegen opponierten und triftige Gründe dafür hatten. Der Triftigste ist die Charta der olympischen Bewegung, die unmissverständlich verlangt, dass das für die olympischen Belange zuständige Komitee völlig unabhängig sein muss. Unabhängig in jeder Hinsicht. Richthofen fand eine juristische Lücke und schuf damit die Voraussetzungen für eine Organisationsform, wie es sie seit der ersten Olympiateilnahme Deutschlands 1896 in Athen noch nie gab. Zugegeben, manches wurde geändert in diesem guten Jahrhundert. So kam ein Mann, der heute noch in der BRD – deutlicher: in der ehemaligen BRD – als höchst ehrenwerte Persönlichkeit gepriesen wird, 1917 auf die Idee, das Wort „Olympia“ aus dem Namen des Komitees zu streichen, weil er für die Olympischen Spiele keine Zukunft mehr sah. Der Mann hieß Carl Diem und wer morgen auf die Idee kommen sollte, nach der Adresse der Deutschen Sporthochschule zu fragen, würde die Antwort bekommen: Köln, Carl-Diem-Weg 6. Womit belegt



Zur Lesung mit Täve und Andreas Ciesielski,

dem Autor von *Gustav-Adolf Schur* „Täve – das Wunder von Warschau“ und zur Ehrung eines gerade 75 gewordenen Idols hatte während der Leipziger Buchmesse der Scheunenverlag eingeladen.



Foto: Fiebelkorn

Worum es ...

... bei dieser Fernsehreklame geht, habe ich noch nicht mitgekomen. Aber am Schluss stellt einer in der Runde der Fussballfans mit einem so schönen fremdländischen Akzent fest, dass alle mitspielen dürfen, aber dann gewinnen immer die Deutschen. So ähnlich muss die oberste Fußballchefin Merkel auch den Klinsmann eingewiesen haben, neulich im Kanzerlamt. Oder verwechsle ich Fußballdumme da was mit vor 20 oder 25 Jahren ... • M. M.

Freie Straßen für ... ja für was?

Leipzig protestierte sich vor Jahr und Tag die Beine wund, als das jüdische Stiftungsgut, das Henriette Goldschmidt-Haus in der Friedrich-Ebert-Straße, für eine Straßenverbreiterung zum Abriss stand. Außer Ödnis ist nichts geblieben. Die Straßenerweiterung war schon beim Abriss zu den Akten gelegt. Aber irgendwie sollte ja mit Olympia alles seinen Sinn bekommen – und die städtische schier kriminelle Energie um dieses Objekt vergessen gemacht werden.

Leipzig empörte sich auch tausendfach als der jetzt nach Berlin entflochte Stadtplanungschef Lütke Daldrup die Fußgängerbrücke am Ring, das Blaue Wunder Leipzigs, stückweise meucheln ließ. Eine verkehrsgerechte Kreuzung an der Trasse zum Olympiastadion war angesagt. Geblieben sind äußerst gefährliche ebenerdige Straßenübergänge. Und beseitigt ist wieder ein Stück DDR.

Leipziger Bürger treibt es Tränen in die Augen, dass nun schon wieder drei wunderschöne, aber seit zehn Jahren eben vergammelnde Gründerzeithäuser abgerissen werden sollen. Grund dafür sind natürlich nicht die paar Vorrundenspiele für die Fußball-WM. Bewahre! Aber die Schandflecke müssen weg. Logisch sind es doch Schandflecke einer verfehlten Politik.

• WART

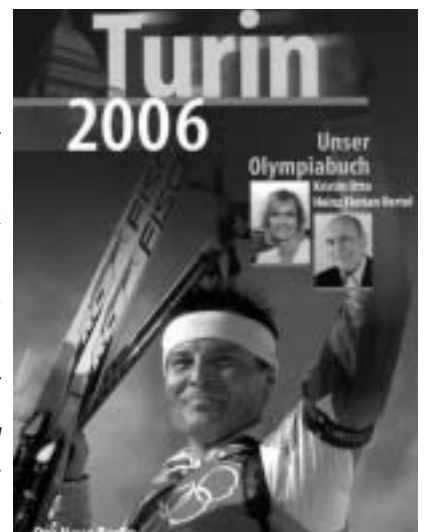
Gold für den Verlag Das Neue Berlin

Auf der Leipziger Buchmesse gab es die Goldmedaille zwar nicht, aber gäbe es einen Wettkampf um die schnellste Neuerscheinung, hätte ihn der Verlag Das Neue Berlin gewonnen.

Kristin Otto und Heinz Florian Oertel haben es wieder geschafft. Bereits fünf Tage nach Beendigung der XX. Olympischen Winterspiele in Turin einen interessanten, faktenreichen Bildband auf die Ladentische gelegt. Er richtet den Blick auch zurück bis zu den Olympischen Winterspielen des Jahres 1956 in Cortina d'Ampezzo. Heinz Florian Oertel, der damals für den DDR-Rundfunk berichtete, erlebte auch die erste Olympia-Medaille für die noch junge DDR. Harry Glaub gewann am 5. Februar auf der „Trampolina Italia“ die Bronzemedaille im Skispringen. Dieses Mal gab es im Skispringen zwar keine Medaille. Dafür aber viele andere Freuden ...

• R. FIEBELKORN

Kristin Otto/Heinz Florian Oertel: *Turin 2006. Unser Olympiabuch.* Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2006. 240 S., 19,90 Euro



Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Na, da kommt doch Stolz auf, wenn Dietrich Kittner sich bei LN nicht nur für die Zusendung der Belegexemplare mit seinem Interview (LN 4'06) bedankt, sondern auch noch hinzufügt: „Ich habe jedoch noch einen weiteren Grund zur Freude gehabt: Ehrlich, ohne Schmu und Schmä: Eure Zeitung ist gut und vor allem spritzig gemacht. Es tut gut, darin zu lesen. Kein Verlautbarungsblättchen!! Sondern eben ZEITUNG. Dies teilt euch unverlangt und mit solidarischen Grüßen mit:

Euer oller
Dietrich Kittner



Ein Organisationskomitee ehemaliger hauptamtlicher Mitstreiter der damaligen FDJ-Kreisorganisation Borna hatte „Zum runden Geburtstag“ der FDJ eingeladen und an die 70 Ehemalige der älteren und jüngeren Generation kamen mit Partner in die Espenhainer Gaststätte „Aspe“, um den 60. Jahrestag der Gründung der FDJ zu würdigen. Emotionen beim freudigen Wiedersehen beherrschten auch diesmal die Szene. Und erst recht beim absoluten Höhepunkt, einem mit Bilddokumenten aus mehreren Jahrzehnten gestalteten DVD-Film über die hiesige FDJ-Kreisorganisation unter dem Titel „Weil wir jung sind, ist die Welt so schön“. Als befähigter Regisseur und Produzent des Films hatte sich ganz augenfällig der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung in den 60er Jahren, Rolf Claus, erwiesen, wofür ihm herzlicher Beifall zuteil wurde. Als zum Auftakt der Filmszenen die „Nationalhymne“ der Jugend des ehemaligen Bergarbeiterkreises „Glück auf, der Steiger kommt“ ertönte, sang natürlich alles kräftig mit.

Bornaer Geburtstagsrevue im Zeichen der Sonne

Als sie jung war'n ...



Akteure des Treffens

Foto: Schweitzer

In dem, was dann folgte – Erlebnisse, Begegnungen und Höhepunkte eines äußerst inhaltsreichen Jugendlebens – und das abließ wie eine Revue, erkannten sich viele der Anwesenden wieder: angefangen vom Talsperrenbau Sosa über die III. Weltfestspiele 1973 und dem Jugendobjekt Drushba-Trasse in der Sowjetunion 1976/77 usw. usf. Zuvor hatte Reinhard Lauter-

bach, zu Zeiten der X. Weltfestspiele 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung und einer der Hauptakteure dieses Treffens, über die Grundwerte gesprochen, die das Jugendleben seinerzeit beflügelten. Er schilderte vor allem die Aktivitäten der Grundorganisationen in den Hochburgen des Jugendverbandes, in den Großbetrieben der Kohlekumpel und Kraftwerker – Tatendrang, mit

dem die Jugend des Kreises Geschichte geschrieben hat. Einiges davon geht auch aus dem Rapport zu den X. Weltfestspielen hervor: So wurden 11463 Abzeichen „Für gutes Wissen“ erworben, 15 Jugendobjekte der DSF und 221 andere Jugendobjekte in Regie genommen, 1,1 Millionen Mark für das Konto Materialökonomie erarbeitet, 750 000 Mark auf das Festivalkonto überwiesen, 39 Wohnungen und FDJ-Regie um- und ausgebaut, 18 Singeklubs und zwei Jugendklubs neu gebildet. Das Streben junger Menschen in der DDR nach Frieden, Völkereundschaft und Bildung, nach hohen Leistungen an ihrem Arbeitsplatz, in Schule und Beruf, nach sinnvoller Freizeitgestaltung hatte einen hohen Stellenwert. Mir fiel bei all dem nur noch ein Ausspruch des Dichters Jean Paul ein: „Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“ Dank allen Beteiligten und auch dem Gaststättenkollektiv für diesen Tag.

BRUNO SCHWEITZER,
BORNA

War es unterlassene medizinische Hilfeleistung?

Der ehemalige gewählte jugoslawische Präsident Milosevic ist tot. Warum? War es unterlassene medizinische Hilfeleistung? Hatte er nicht schon lange über gesundheitliche Probleme geklagt. Gab es nicht das russische Angebot, ihn in Moskau wegen seiner Herzprobleme zu behandeln? Milosevic genoss nicht nur die Sympathien der serbischen Bevölkerung Jugoslawiens, sondern auch der Vertreter anderer Völkerschaften des Vielvölkerstaates Jugoslawien. In einem Direktinterview am 8. Oktober 2000, 8 Uhr morgens gegenüber ARD zeigte sich z. B. Angelika Beer nach ihrer 8-tägigen Rundreise durch den Kosovo verwundert darüber, dass sich viele Kosovaren nach der Wahl Kostunicas enttäuscht darüber gezeigt hat-

ten, dass nicht Milosevic gewonnen hatte. Beers Verwunderung darüber war nachvollziehbar. Wurde doch in den Medien ein anderes Bild über den Kosovo vermittelt! Die Nato-Länder hatten die jugoslawischen Menschen vor der Wahl gedroht, sollte Milosevic wieder gewählt werden, würden sie ihr Land erneut bombardieren. Und Albright frohlockte dann nach dem Sieg Kostunicas: „Das letzte sozialistische Land in Europa existiert nicht mehr.“ Nach der Entführung Milosevics nach Den Haag und der Anklageerhebung durch den von der Nato

gesponserten sogenannten internationalen Gerichtshof hielt Milosevic der Nato einen Spiegel vors Gesicht. Er erklärte, dass sie es waren, die Jugoslawien gespalten haben, um es umso leichter von ausländischen Monopolen regieren zu können. Milosevic verteidigte sich tapfer in Den Haag. Mehrere Male wurde das Konto für seine Verteidigung gesperrt, in das viele Menschen verschiedener Staaten eingezahlt hatten, um diese hohnlachende Rechtsprechung der Nato zunichte zu machen.

BRIGITTE QUECK
POTSDAM

IM THÜRINGISCHEN waren wir zu Gange, stapften durch verschneite Wälder, begegneten neugierigem Wild ... In Neuhaus am Rennweg fragten sie uns, woher wir kämen und als ich nach einigem Drumherumgerede „Berlin“ nannte, rieten sie mir am Stammtisch, die Bürgermeisterin mitzunehmen und den Berlinern zu empfehlen. Die Frau hat vom Schuldenberg der Stadt einiges abgetragen und davon sollten sich die Minister „da oben“ einiges absehen. Die Zahlen, die sie uns da nannten, waren wirklich imponierend, obwohl ich von Budgetfragen überhaupt nichts verstehe. Trotzdem: In Neuhaus am Rennweg sind die Schulden jedes einzelnen Bürgers von 862 Euro im Jahr 2005 auf 810 Euro gesunken. Und dabei hat die Sache in Neuhaus noch einen Haken: Die Zahl der Einwohner sinkt ständig und dadurch steigen natürlich die Pro-Kopf-Schulden. Vom Dezember 1989 bis heute haben 1627 Neuhäuser den Ort verlassen. Das sind 21,2 Prozent der Bevölkerung und niemand muss fragen, woran das wohl liegen könnte.

WIR ZOGEN GEN MEININGEN und dort sind zwar nicht die Schulden gestie-

gen, aber die Berge der Akten gewachsen, die das Sozialgericht zu behandeln hat. Die meisten Klagen erzählte uns einer, der selbst eine eingereicht hat, handeln sich um Hartz-IV-Fälle. Da der Berg der Akten wuchs, schoben sich auch die Prozessstermine hinaus. So schön es ist, in einem Rechtsstaat zu leben, so nervend ist es, ständig Einsprüche, Widersprüche oder Klagen irgendwo einzureichen. Andererseits: Die Richter sind auch nicht zu

Wanderungen durch Neufünfland

beneiden und schon gar nicht die, die dem Gericht die nötigen Auskünfte liefern müssen. Damit Sie wissen, wovon ich rede: Eine Frau und ein Mann leben zusammen, sind aber nicht verheiratet. Das ist zwar noch nicht verboten, aber das Gericht muss klären, ob gegenseitige Unterstützungspflicht gilt oder nicht. Ich muss noch genauer werden: Ob die wirklich miteinander schlafen oder nur so tun als ob. Ich wollte es nicht glauben, aber unser Wanderfreund las uns aus einer Zeitung vor: „Die Entscheidungen sind hier im Einzelfall zu treffen und immer von der konkreten Situation abhängig.

Mitunter müssen vor dem Urteil auch Nachbarn oder der Postbote gehört werden.“ Ja, das hat die amtierende Richterdirektorin Holzhey gesagt. Alle sind froh, dass es keine IM mehr gibt. Aber nehmen wir mal an, der Postbote ist eine Postbotin und die hatte mal was mit dem Mann, der jetzt mit einer anderen Frau zusammenwohnt? Was ist der nun für einer, der die Postbotin befragt? Ich mochte die Frage nicht zu Ende denken. Da sind

ja die Untersuchungen der Mietverträge noch harmlos. Gemeint sind die Fälle, in denen ein Hartz-IV-Empfänger zum Beispiel einen Teil seiner Wohnung an seine Eltern vermietet hat. Das Mietgeld muss natürlich von der Hartz-IV-Kohle abgezogen werden. Versteht sich. Aber wie ermittelt man, wie hoch die Miete ist? Es hilft nichts: Ein IM muss ran! DANN KAMEN WIR NACH STEINBACH-HALLENBERG und erfuhren, wie man dort gewissenhaft die Gesetze einhält. Natürlich haben Sie davon gehört, das Kati Wilhelm in Turin einmal olympisches Gold und zweimal Silber geholt hat. Stein-

bach-Hallenberg wollte dem Beispiel mancher griechischer Heimatstädte der antiken Spiele folgen und ihr ein Grundstück schenken. Also tat man es, vielleicht auch, damit sie niemand abwerben könnte. Wie auch immer, Neider leben heutzutage überall und die fanden heraus, dass solche Schenkerei nach thüringischem Recht unzulässig ist. Und nun? Hatten die Ratsherren eine brillante Idee: Sie gehen davon aus, dass Kati ständig für Steinbach-Hal-

lenberg Reklame macht, oder, wie man heutzutage sagt, Marketing betreibt. Also schlossen sie mit ihr einen Marketingvertrag und bezifferten eine Obergrenze von 42 000 Euro. So viel könnte nämlich das Grundstück am „Oberen Kirchberg“ kosten und das würde dann mit dem Erlös aus dem Vertrag bezahlt. Das ist alles rechtens und völlig in Ordnung. Nur die ewigen Gegen-die-DDR-Prediger müssen sich etwas einfallen lassen, denn so was wurde bislang gern als Argument gegen die Unmoral der „Staatsamateure“ ins Feld geführt.

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 28. März, 18 Uhr, Chemnitz
Podiumsdiskussion **Bolkestein-Richtlinie**. Mit Dr. André Brie, MdEP. In Zusammenarbeit mit der IHK Chemnitz und den Gewerkschaften DASTietz – Veranstaltungssaal der Stadtbibliothek, Moritzstr. 20

Dienstag, 28. März, 18 Uhr, Leipzig
Von der Religionskritik zur Ideologiekritik. Das Beispiel J. G. Fichte (Teil 1). Mit Dr. Werner Wittenberger und Dr. Jürgen Stahl, Leipzig Harkortstr. 10

Dienstag, 28. März, 20 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: **Der „Bolivarische Prozess“ in Venezuela – Linksruck in Lateinamerika**. Mit Otto Pfeiffer, Präsident des Verbandes für internationale Politik und Völkerrecht, ehemaliger Botschafter der DDR in Venezuela. Im Rahmen des Festivals des venezolanischen Films von CINEDING – cinematheque in der naTo vom 20. bis 29. 3. in Leipzig. In Zusammenarbeit mit CINEDING
Kino Cineding, Karl-Heine-Str. 83

Mittwoch, 29. März, 18.30 Uhr, Leipzig
Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus. II Die Chance der Volksfront gegen Hitler (1933–1936). Mit Prof. Dr. Klaus Kinner, Leipzig
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 29. März, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: **Die (neue) Linke in Südamerika. Eine Chance für Kuba?** Mit Deborah Azcuy, Botschafterin der Republik Kuba
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 30. März, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion **Neue Trends in der internationalen Geschichtswissenschaft. Der Welthistorikerkongress in Sidney 2005**. Mit Dr. Matthias Middell, Leipzig. In Zusammenarbeit mit der Lamprecht-Gesellschaft
Harkortstr. 10

Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Gespräch: **Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr**. Mit den Autoren Dr. Hannes Sieberer und Herbert Kierstein und dem Herausgeber Gotthold Schramm. Eine Veranstaltung der Fraktion Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag in Verbindung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 5. April, 19 Uhr, Dresden
Im Takt des Geldes. Mit Eske Bockelmann, TU Chemnitz
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 5. April, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Gespräch: **Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr**. Mit den Autoren Dr. Hannes Sieberer und Herbert Kierstein und dem Herausgeber Gotthold Schramm. ***
Harkortstr. 10

Donnerstag, 6. April, 18 Uhr, Leipzig
Familienpolitik zwischen Geldverteilung und sozialer Infrastruktur – Warum die skandinavischen Länder mehr erreichen. Mit Dr. Cornelia Heintze, Leipzig. In Zusammenarbeit mit Lisa Leipzig
Harkortstr. 10

Donnerstag, 6. April, 19 Uhr, Chemnitz
Buchvorstellung und Gespräch: **Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr**. Mit den Autoren Dr. Hannes Sieberer und Herbert Kierstein und dem Herausgeber Gotthold Schramm.
Thalia-Buchhandlung, Neumarkt 2

Sonntag, 8. April, 10.30 Uhr, Dresden
Podiumsdiskussion: **Parteibildungsprozesse: 60. Jahrestag der Gründung der SED. Linkspartei und WASG** Mit Prof. Dr. Walter Böhme, Dresden, Dr. Hans Modrow, Linkspartei.PDS und Thomas Händel, Bundesvorstand WASG. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Zusammenarbeit mit dem Stadtverband Linkspartei.PDS Dresden.
Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Der Tote Soldat ist nicht tot – oder

Der Tote Soldat, das Krokodil und die Himmlischen Vier

Himmlische Vier – das ist jene internationale Antikriegsaktion, die anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8./9.Mai 2005 in Berlin/Potsdam stattfinden sollte.

Doch die deutschen Zustände und Zuständigen entlarvten sich mit dem Verbot unserer Aktion. Teilnehmer wurden mit Platzverweisen abgestraft. Festgestellten Personalien folgten Strafbescheide. Nicht verwunderlich, dass der Tote Soldat noch immer nicht begraben ist. Vier Veteranen aus den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich übernehmen den deutschen Soldaten auf der Glienicker Brücke ...

Was dann noch alles geschieht, wird am 14. Mai in Berlin zu sehen sein.

Weitere Infos siehe auch www.HimmlischeVier.de

Wir nehmen Abschied von unserer langjährigen Mitstreiterin, Freundin und Genossin

Lilli Naumann

Wir werden sie stets in ehrendem Gedenken behalten.

AG Cuba sí

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Samstag, dem 1. April 2006, 11:00 Uhr, auf dem Friedhof Lindenau statt.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

25. 3., 20 Uhr: Draufgezahlt. Jugendtheaterprojekt – ab 14 Jahre

31. 3. und 1. 4., 20 Uhr: Der Page. Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre

7. und 8. 4., 20 Uhr: So oder anders. Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre

Unsere Genossin

INGE KONECNY

begeht am 28. März ihren 70. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Inge, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Lößnitz II

Leipzig in Trümmern – Neubeginn 1945/46

Ausstellung des Stadtarchivs Leipzig, Torgauer Str. 74

Das Leipziger Komitee für Gerechtigkeit lädt zu einer Einführung in die Ausstellung anlässlich des 60. Jahrestages des Volksentscheides in Sachsen über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher am **6. April, 16.30 Uhr in das Stadtarchiv** ein. Anschließend findet ein Gespräch „Erich Zeigner und der Volksentscheid 1946 in Leipzig“ statt. Der Eintritt ist frei.



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Manfred Bols

NACHT für das Musical

Auf dem Rang links, in der ersten Reihe, sitzt ein älteres Ehepaar aus dem Leipziger Umland. Die Konzertkarten hatten die beiden Alten von ihren Kindern geschenkt bekommen. Einmal müssten sie doch im Gewandhaus gewesen sein, hatte ihre Schwiegertochter gemeint. Und es würde bestimmt ein schönes Erlebnis werden, wunderbare Raumakustik usw.

Nun sitzen die Beiden in ihren Polsterstühlen und blicken sich neugierig um. Ein schöner Konzertsaal. Die Sicht zur Bühne ist allerdings zur Hälfte versperrt durch eine steinerne Brüstung, und sie müssen sich, um alles gut sehen zu können, weit nach vorn beugen. Da haben es die Zuschauer im Parkett besser. Obwohl – im hinteren Teil ist ein riesiges Regiepult aufgebaut, mit blinkenden Lämpchen und flackernden Monitoren, besetzt durch zwei Techniker.

Von der Decke des Saales hängt ein gewaltiges dunkles Gerüst herab, an dem Scheinwerfer befestigt sind und Seile mit Mikrofonen. Die Bühne wird von schwarzen Vorhängen eingerahmt. An der Rückseite hängen über einer Reihe von Scheinwerfern zwei riesige, stilisierte Spiegel, eine großes Gemälde mit der Mona Lisa und ein blindes Fenster. Im Vordergrund protzen große Rampenscheinwerfer. Links und rechts ragen weitere Scheinwerfersäulen auf und riesige Lautsprecherboxen. Die Seitenränge sind gesperrt. Spielt denn hier kein Orchester? Die beiden Besucher blicken sich skeptisch an. Was wird mit ihnen geschehen?

Dann verlöschen die Lampen. Es wird stockdunkel. Eine sonore Stimme verkündet, es werde nun die „Nacht der Musicals“ begin-

nen, mit zahlreichen bekannten Interpreten von den Bühnen der Welt, die bekannte Melodien singen. Man möge bitte die Handys ausschalten. Wird hier im Dunkeln Musik gemacht? Doch plötzlich flammen die vielfarbigen Scheinwerfer auf, von den Seiten werden aus seltsamen Apparaten Nebelschwaden auf die Bühne geblasen. Die Schau beginnt.

Die Tänzerinnen und Tänzer, meistens in einer Art Freizeitkleidung, tanzen schwungvoll und rhythmisch, die Sängerinnen und Sänger bemühen sich, die über die Lautsprecher eingespielte Musik zu übertönen. Die Techniker leisten Schwerstarbeit. Es flackert und leuchtet, wallt und blitzt. Wenn die Lichtwerferkette im Bühnenhintergrund ihre Strahlen zur Decke des Konzertsaaes schickt, fühlt sich der Alte in seine Zeit als Flakhelfer im Krieg versetzt.

„Weine nicht um mich, Argentinien,“ singt eine schöne Frau.

Nach der Pause begibt sich einer der Sänger, auffallend geschminkt und bekleidet mit Mieder, hochhackigen Schuhen und Strapsen, ins Parkett, lässt sich den Hintern betatschen und verkündet, das Publikum wäre süüüß. Danach kniet er sich auf die Rampe, den fast nackten Po publikumswärts gerichtet, um schließlich den Song „Sweet Transvestite“ zu singen. Dem Alten fällt eine Frage aus der Geschichte von der „Kuh im Propeller“ ein: „Und das entwickelt sich jetzt?“ Seine Frau lächelt fast unmerklich.

Doch nach der Vorstellung empört sie sich. „Die teuren Karten. Was haben die nur in dem schönen Gewandhaus angestellt?“ „Nun ja,“ meint der Mann begütigend: „Auch Künstler wollen in der Marktwirtschaft überleben.“



?

Wem zeigt sich diese Schöne in einem Leipziger Park?

Lösungsspiegel

Friedrich Schiller

Herr Maus wollte Nachrichten sehen. Das heißt, er wollte eigentlich nur wissen, auf welchem roten Teppich unsere so beliebte Kanzlerin gerade wieder ihren innerdeutschen Problemen auf und davon trippelt. Vor die Nachrichten aber setzte der ARD-Programmdirektor noch das Quiz mit Jörg Pilawa. Herr Maus wollte schon den Ton abdrehen, als die Frage erschien, woraus denn das Motto der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ stamme: aus dem Bauernkrieg, aus dem Kommunistischen Manifest, aus Grimms Märchen oder aus dem Alten Testament? Intelligent gefragt!

Nun hoben nacheinander die beiden wackeren Rater an, drei der Antworten auszusprechen. Als erstes schlossen sie definitiv das Alte Testament aus. Herr Maus und mir blieben die Sprache aus und die Spucke weg. Saßen da wirklich Männer aus dem erzkatholischen Bayern? Nun ja, trotzdem logisch,

so friedliebend sind die da unten erstens wirklich nicht, weshalb zweitens Prophet Jesajas Vermächtnis auch nicht recht in ihr Bibelbild passt. Außerdem: Hat vielleicht jeder, der sich Kommunist nannte, das Kommunistische Manifest gelesen, geschweige denn verstanden? Die beiden Bayern – wie gesagt, jeder für sich und nacheinander – schlossen dann auch noch Grimms

Märchen und den Bauernkrieg aus – „obwohl, naja, da gäbe es schon Bezüge“ usw. Kurz, sie landeten einträchtig beim Kommunistischen Manifest als endgültiger, vetofreier Antwort. Dort passe der Spruch gewiss hin, meinten sie unisono. Was für eine Anerkennung. Und noch dazu von zwei Bayern! Auch wenn die Antwort falsch war, wir öffneten eine Flasche Roten und freuten uns diebisch.

IHRE
MILIANE MAUS



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Deutschland ist zum dritten Mal Exportweltmeister: Allein 2005 wurden 1,8 Millionen Arbeitsplätze ins Ausland exportiert.

LVZ 17. 2.

Die Lohnstückkosten in der BRD sind in den letzten Jahren stark gesunken. Lohnverzicht führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen – die Gewinne der Unternehmen steigen.

ARD 23. 2.

Wichtig ist nicht, was einer im Kopf hat, sondern wie er ihn aus der Schlinge zieht.

DLF 23. 2.

Im Osten gibt es 9 Eliteschulen des Sports. (Früher KJS). Im Westen sind es nur 5. Das ist ein Geheimnis der Erfolge der Ostdeutschen bei Olympia. In Berlin werden wie schon zu DDR-Zeiten, die Spitzensportler hergestellt.

Phoenix 24. 2.

Es hat lange gedauert, bis gesamtdeutsche Medien nicht mehr phobisch reagieren, sobald man der „ehemaligen“ Fahne und der ehemals staats-sozialistischen Embleme aus Hammer, Sichel und Ährenkranz ansichtig wird.

Meinhard Michael, LVZ vom 28. 2.

Nun ist der Meinhard doch der Hammer- und Sichel-Phobie erlegen.

Danzig zeigt Leipzigs Stadtwerken die Zähne. Nachdem die (Leipziger) Stadtwerker festgestellt hatten sie beim Kauf des (polnischen) kommunalen Fernwärmeversorgers Gdanskie Przedsiębiorstwo Energetyki Cieplnej (GPEC) rund 10,5 Millionen Euro zu viel bezahlt haben, streitet man sich jetzt vor Gericht. Die Polen erklärten kategorisch, dass sie keinen Cent des Kaufpreises herausgeben werden. Über die Verhandlungen wurde auch Leipzigs Stadtkämmerin Kudla (CDU) informiert, die Aufsichtsratsvorsitzende der GPEC ist.

LVZ 1. 3.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob Frau Kudla noch in weiteren Aufsichtsräten in anderen Ländern „zum Wohle der Stadt“ arbeitet.

Klinsmann leidet nicht unter Realitätsverlust – er genießt ihn.

Wer heute kein Englisch kann, der versteht kein Deutsch.

beides 3sat 5. 3

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Satiriker Henning Venske begeisterte auf der Leipziger Buchmesse mit Parodien, Traktaten und Schmonzetten unter dem Etikett:

Spätlese trocken ...

Ich hasse Zugaben. Zugaben zeichnen sich dadurch aus, dass sie in Form und Inhalt nicht gut genug sind für das eigentliche Programm. Selbstverständlich gibt es Kolleginnen und Kollegen, die haben brillante Zugaben, da ärgert man sich dann als Zuschauer, dass der Rest des Programms nicht auch so brillant war ...

Pfui Teufel. der Wein wird immer schwerer und süßer, und die Zeitläufte geraten immer leichter und saurer ...



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

21. März

Die nächste Ausgabe erscheint am 7. April

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40